

EU-Sozialpolitik:

**„Formierung“ einer einheitlichen Klassen-Gesellschaft in
Europa**

I. Teil

Eurokrise, Osterweiterung, Balkanzerstörung, Deutschlandunion

**Von
Prof. (Gast) Albrecht Goeschel
und
Lothar Merkle**

**Verona / Marquartstein
Januar 2014**

Herausgeber:
**Accademia ed Istituto
per la Ricerca Sociale
Corso Porta Nuova 11
I – 37122 Verona
Palazzo Istituto Nazionale delle
Assicurazioni – Studio Germa**

Eigenverlag und Druck:
**Akademie und Institut für
Sozialforschung e.V.
- Korrespondenzbüro -
D – 83250 Marquartstein
Staudacher Straße 9 b**

**©2014 Prof. Albrecht Goeschel
Lothar Merkle**

Inhalt	Seite
Vorbemerkung	5
1. Berlusconi und Schwäbische Hausfrau	7
1.1. Italien: Familialismus bis in den Arbeitsmarkt	7
1.2. Deutschland: Zerfallsprodukte der Ehefamilie als Handelsware auf dem Arbeitsmarkt	9
1.3. Euro-Krise: Sozialpolitik als Instrument der Vereinheitlichung des Arbeitsangebotes und der Wertminderung der Arbeit	11
2. Zerstörung der europäischen Wohlfahrtsstaaten in der Euro-Krise	11
2.1. Wirtschaftsraumerweiterung und Währungsanpassung: Grundmuster des atlantisch-pazifischen Kapitalismus	11
2.2. Raumordnung und Daseinsvorsorge als Europäisches Sozialmodell	12
2.2.1. Umbau durch direkte Sozialtransfersenkung	17
2.2.2. Umbau durch indirekte Sozialtransfersenkung	18
2.3. Sparpolitik und Fiskalpakt zerrütten Europa	18
2.3.1. Griechenland: Labor für die Zerrüttung des europäischen Sozialmodells	23
2.3.2. Sozialstaaten im Zangengriff von Abbau des Kündigungsschutzes, Erhöhung der Mehrwertsteuer und Absenkung der Renten	23
2.4. Deutsche „Reformen“ als Leitbild für die Lohnabsenkung und Nachfragedämpfung in der EU	24
2.4.1. Lohnsenkung durch Neben-Lohnmanipulation	26
2.4.2. Nachfragedämpfung durch Mehrwertsteuergestaltung, Beitragsmanipulation, Grundsicherung, Verbrauchssteuererhöhung und Verbraucherpreiserhöhung	27
2.5. Ökonomische Ungleichgewichte und die unterschiedliche Verwundbarkeit der Länder Europas durch die Austerity-Strategie	29
2.6. Rückkehr des Fluchtkapitals: Die nächste Krise in Vorbereitung	30
2.6.1. Kapitalrückfluss nach Südeuropa: Schon wieder ein Wunder?	31
2.6.2. Niedriglohnzone Südeuropa und „Innerer Süden“ in Deutschland: Hier locken die Extraprofite	31
3. Sozialpolitik als Instrument der EU-Osterschließung – und umgekehrt	34
Exkurs: Sozialprogramme und Satellitenstaatenbildung	39

4. Deutsch-deutsche „Sozialunion“: Transferökonomie im Osten und Extraprofite im Westen	40
4.1. Krise der Industrieländer und der Weltwährung: Chance zur Veränderung des Kräfteverhältnisses zwischen West und Ost durch Anschluss der DDR an die BRD	40
Exkurs: Budgetkrise in der BRD und Systemkrise in der DDR	42
4.2. De-Industrialisierung und De-Qualifizierung der ostdeutschen Wirtschaft: Voraussetzung für Extraprofite der westdeutschen Wirtschaft	44
4.3. „Solidarpakt“: Finanzierung der Extraprofite für die westdeutsche Wirtschaft aus den Arbeitslöhnen und den Sozialeinkommen	46
4.4. „Sozialunion“: Niedriglohnaufrüstung des neuen Deutschland durch Entkoppelung von Produktivität und Lohnniveau	48
Nachbemerkung	51

Vorbemerkung

Angeführt vom damaligen westdeutschen Bundeskanzler Ludwig Erhard gab es Mitte der 1960er Jahre in Deutschland eine Sozialstaatsdiskussion unter der Überschrift „*Formierte Gesellschaft*“. Der Grundgedanke war ein autoritärer Staat, der Gemeinwohlanliegen gegen Sonderinteressen durchsetzen und damit Wohlstand garantieren sollte.

Heute herrscht die gesamtdeutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel unter der Überschrift einer „*Marktkonformen Demokratie*“ der Eurozone und der gesamten Europäischen Union eine viel weitreichendere Neuordnung auf. Nicht nur sollen vorgebliche Gemeinwohlinteressen gegen angebliche Sonderinteressen, gemeint sind wieder die Lebensbedürfnisse der Erwerbs- und Gesamtbevölkerungen durchgesetzt werden. Die europäischen Gesellschaften sollen grundlegend durchklassiert werden, vermarktungsgerecht und wettbewerbsfähig gemacht werden.

Jetzt wird das im oligopolisierten Kapitalismus seit Polizei- und Sozialkanzler Bismarck janusköpfige andere Gesicht des Sozialstaates wieder gezeigt: In allen europäischen Ländern wird unter Nutzung des „*Schocks*“ der Euro-Krise die Sozialpolitik als Instrument zur Herstellung und Durchsetzung einer einheitlichen europäischen Klassengesellschaft anstelle der nationalen Sozialordnungen benutzt und dabei auch mit Polizeimaßnahmen nicht geizt. Der Sozialstaat war eben immer schon auch Polizeistaat.

Während die Europäische Union nach ihren Bürgerkriegseinsätzen im Mittelmeerraum und in Zentralafrika durch offene Unterstützung des Ukraine-Putsches nun auch im ehemaligen Kampfgebiet der Heeresgruppe Süd (Generalfeldmarschall Erich v. Manstein) offensiv wird, offen imperialistisch auftritt, nachdem der „gute“ Teilhabekapitalismus sich als „böser“ „Ausgrenzungskapitalismus“ erweist, gefällt sich der deutsche Sozialstaatsdiskurs und die deutsche Europakritik in kaum zu überbietendem Biedermannstüm und mittelmäßigster Kleinbürgerlichkeit: Ermüdendes und begriffsloses Armutslamento und idealistisch-theorieloses UmFairteilungsspektakel werden auch durch Fortsetzung nichts anderes als was sie schon sind: Appelle an das schlechte Gewissen der Öffentlichkeit oder noch einfältiger: den Gerechtigkeitsinn in Wirtschaft und Politik. Dabei hat es vor drei Jahrzehnten klare Worte dazu gegeben, was Sozialstaat und Sozialpolitik sind: Bestenfalls „*Sozialstaatsillusion*“ (Müller/Neusüss) – wenn auch unter Kapitalismusbedingungen und solange es keine

anderen Möglichkeiten der Reproduktion der Gesellschaften gibt sogar Realillusion mit Überlebensfunktion für die Leute.

Nachfolgend wird für die jüngeren Phasen der territorialen Expansion der Europäischen Union, d.h. für den Zeitraum der „Inneren Kolonisierung“ Europas im Zuge der Eurokrise bis zur Kolonisierung Ostdeutschlands im Zuge der Krise des Staatssozialismus nachgezeichnet, wie Sozialstaat und Sozialpolitik als Instrumente der Expansion des europäischen Kapitalismus eingesetzt worden sind. Ihre Hauptaufgabe war und ist die immer neue Herrichtung der Bevölkerungen als Anbieter von Arbeitszeit zu möglichst günstigen Bedingungen.*

Verona/Marquartstein
Januar 2014

**Prof.(Gast) Albrecht Goeschel
Lothar Merkle**

*Bemerkenswert sind in diesem Zusammenhang zwei Veröffentlichungen aus dem Jahr 2012, Friedrich-Ebert-Stiftung (Hrsg.): Eurokrise, Austeritätspolitik und das Europäische Sozialmodell: Wie die Krisenpolitik in Südeuropa die Soziale Dimension der EU bedroht, Berlin 2012 und Sozialverband VdK Nordrhein-Westfalen (Hrsg.): Euro – Rettet eine Sozial-Union Europa? Düsseldorf 2013

1. Berlusconi und Schwäbische Hausfrau

Manchmal verbirgt sich hinter einem nur äußeren zeitlichen Zusammentreffen von Umbrüchen in ganz unterschiedlichen Bereichen durchaus auch ein innerer sachlicher Zusammenhang. So könnte es sich auch mit dem Ende der Senatsmitgliedschaft Silvio Berlusconis⁽¹⁾ in Italien einerseits und dem Anfang eines Einheitsmindestlohnes im Rahmen der Großkoalitionsplanungen⁽²⁾ in Deutschland verhalten.

Worin besteht dieser innere Zusammenhang zwischen der vollzogenen Entmachtung Berlusconis und der vorgesehenen Ermächtigung der zukünftigen Bundesregierung? Er besteht vor allem in der Tendenz zu einer Angleichung und Verdurchschnittlichung der Regulierungen und Praktiken des Handels mit Arbeitszeit in zwei wichtigen Volkswirtschaften und Arbeitsgesellschaften in Europa bei der die jeweiligen politischen Systeme als Akteure dieser Angleichung und Verdurchschnittlichung diese aus ganz unterschiedlichen Ausgangslagen heraus betreiben.

1.1. Italien: Familialismus bis in den Arbeitsmarkt

Bei der Entmachtung Berlusconis geht es nicht in erster Linie um Eskapaden und Korruption bei einem politischen Milliardär oder seiner Hofpartei(en). Es ging und geht vielmehr um den Abbau einer für die Gesellschaft und Wirtschaft Italiens typischen Staatsferne und Staatsfeindlichkeit, besser: Gemeinwohlvergessenheit, einer Familien-, Gruppen- und Regionenpriorisierung,⁽³⁾ die keineswegs nur auf die Mafia im Süden oder die Wirtschaftsoligarchien im Norden⁽⁴⁾ beschränkt ist, sondern die über den breiten wirtschaftlich-gesellschaftlichen Mittelstand bis in die Gewerkschaften und in die Linksparteien⁽⁵⁾ reicht.

Die sozialen, ökonomischen und politischen Verkehrsformen in Italien sind von der Kultur eines „amoralischen Familialismus“ (Edward Banfield), von Nepotismus, Patronage und Korruption als akzeptierter und einkalkulierter Verhaltensweisen geprägt.⁽⁶⁾ Die niedrige Scheidungshäufigkeit in Italien ist in diesem Lande, in dem Scheidungen überhaupt erst seit 1974 legalisiert sind, nicht nur eine Äußerlichkeit. Gleichzeitig wächst in Italien unter dem Druck der Krise die Anzahl vorgetäuschter Scheidungen, da sich durch eine Eheauflösung ganz erheblich Steuern und andere Abgaben einsparen lassen.⁽⁷⁾

Diese Doppelbödigkeit der stürmischen „Modernisierung“ der italienischen Gesellschaft in den vergangenen Jahrzehnten, das typische Umgehen und Ausnutzen der ausufernden zentralstaatlichen

Regelungen zur Erhöhung des eigenen Nutzens, dieser „Furbismo“ (Andrea Camillieri) als Überlebensstrategie der kleinen Leute und der kleinen Geschäftsleute hat im „Berlusconismo“ als Staatspolitik der Antistaatlichkeit sogar das Amt des Ministerpräsidenten erreicht – sozial getragen vor allem vom neuen Mittelstand und der vorherrschenden Kleinindustrie.⁽⁸⁾

Nun ist es die seit 2008 anhaltende Finanz- und Realkrise, die vor allem eines von der italienischen Gesellschaft verlangt: Ein Ende des zum „Berlusconismo“ gesteigerten familialistischen Ausspielens staatlicher Normen und Institutionen gegen deren Staatszweck und für den Eigennutz. Tim Parks schreibt: *„Die Krise fordert von den Italienern etwas nahezu Unmögliches: ihr Verhältnis zum Staat zu ändern.“*⁽⁹⁾

Im Zentrum dieses für das Gesellschaftsmodell Italien typische einerseits staatliche Überregulieren und andererseits staatsferne Sabotieren des Gemeinwohls steht der Handel mit Arbeitszeit, steht der italienische Arbeitsmarkt. Typisch für ihn ist einerseits eine unverrückbare Privilegierung der Altbeschäftigten und Kernbelegschaften und andererseits eine ausgeprägte Diskriminierung und Exklusion der Berufsanfänger und Randbelegschaften mit ausgebautem Kündigungsschutz für die Privilegierten und weitgehender Schutz- und Chancenlosigkeit für die Diskriminierten.⁽¹⁰⁾ Die Öffnung des nur für einen Teil der Arbeitsanbieter positiv geregelten Arbeitsmarktes für alle Arbeitsanbieter, jedoch verbunden mit absehbaren Verschlechterungen für alle Beschäftigten insgesamt ist ein zentraler Sozialkonflikt in Italien. Bereits 1999 war ein Professor, der als Berater einer damaligen Linksregierung einen Systemwechsel im Arbeitsrecht vorbereiten sollte, aus diesem Grunde erschossen worden⁽¹¹⁾ Im Frühjahr 2002 wurde erneut ein Professor, der als Berater nunmehr der Regierung Berlusconi einen Systemwechsel im Arbeitsrecht vorbereiten half unter ungeklärten Umständen am Vorabend landesweiter Gewerkschaftsproteste ebenfalls erschossen⁽¹²⁾.

Erstaunlich ist, wie vergleichsweise dazu geräuschlos unter Nutzung der Eurokrise das Technokratenregime von Mario Monti eine durchgreifende Reform des italienischen Arbeitsrechts im Parlament vorbereiten konnte.⁽¹³⁾ Es war offenbar die absolute Hilflosigkeit des Showkapitalismus des Politmilliardärs Silvio Berlusconi gegenüber den Auswirkungen der Eurokrise auf die Wirtschaft und Gesellschaft Italiens, die erst so recht dem Austeritkapitalismus des vormaligen Investmentbankers Mario Monti den Weg in die Regierungsverantwortung und damit den Weg für eine „Modernisierung“ des Handels mit Arbeitszeit geebnet hat.⁽¹⁴⁾

Italien ist mit der Verbannung Silvio Berlusconis aus dem Senat und der zuvor schon gebildeten Großen Koalition von Enrico Letta vor allem an das neue, von Deutschland vorgegebene europäische „Sozialmodell“, das eine europaweite „Durchklassung“ der jeweiligen Bevölkerungen beinhaltet angeglichen worden. Mit eben diesem Anliegen spricht Enrico Letta von einer „*Agenda Italiana*“.⁽¹⁵⁾ Nunmehr wird die bisherige familialistisch-klientelistische Funktionsweise des Handels mit Arbeitszeit, d.h. des Arbeitsmarktes in Italien durch eine effizienzorientierte staatliche Re-Regulierung und Europäisierung abgelöst. Ironischer Weise steht damit ein Geschäfts- und Gesellschaftsmodell für die Beseitigung des italienischen Familialismus Pate, das als „Schwäbische Hausfrau“ Eingang in die politische Rhetorik gefunden hat.

1.2. Deutschland: Zerfallsprodukte der Ehefamilie als Handelsware auf dem Arbeitsmarkt

Gleichgerichtet aber sozusagen vom Gegenüber her wurde die Euro-Krise auch für eine politisch-regulatorische Annäherung des Geschäftsmodells Deutschland an ein europadurchschnittliches „Sozialmodell“ genutzt. Deutschland zählt in Europa zu den ausgeprägt individualisierten Gesellschaften mit Rückgang der Ehefamilien-Haushalte, Zunahme des Alleinlebens, rückläufigen Heiraten, zunehmenden Scheidungen und vermehrtem Alleinerziehen.⁽¹⁶⁾ Das deutsche Gesellschaftsmodell, besser: Das aus West-Deutschland schrittweise auch nach Ost-Deutschland exportierte Gesellschaftsmodell setzt das Markt-Individuum, die Konkurrenz-Person in den Mittelpunkt und bietet für den in Italien allherrschenden Familialismus keine Basis. Typisch hingegen ist ein differenziertes und pluralistisches System paritätischer oder staatlicher Sozialversicherung, Sozialhilfe und Daseinsvorsorge, das an Stelle der Familie individuell nicht zu bewältigende Aufwendungen oder Belastungen übernimmt: Arbeitslosenversicherung, Kranken- und Pflegeversicherung, Rentenversicherung, Sozialhilfe, Pflegeversorgung, Kinderbetreuung etc.

Kennzeichnend für das Geschäfts- und Gesellschaftsmodell Deutschland im vergangenen und im laufenden Jahrzehnt war eine sich ausweitende Kombination staatlich-fiskalischer Zuzahlungen, paritätisch-parafiskalischer Regelzahlungen und kontraktlicher Entgeltzahlungen in der Abhängigarbeit und in der Sozialsicherung wie Kombi-Löhne, Kombi-Rente etc.⁽¹⁷⁾ Die Funktion der staatlich-fiskalischen Zuzahlungen aus dem Steuerbudget lag in der Absenkung der gesamtwirtschaftlichen Lohnzahlungen durch Etablierung und Ausweitung eines Niedriglohnsektors. Dieser in Deutschland überdimensionierte

Niedriglohnsektor und das damit verbundene Lohndumping im Geschäftsmodell Deutschland ist eine der Hauptursachen der Ungleichgewichte in der EU und der Eurokrise überhaupt.⁽¹⁸⁾ Empirische Studien zeigen, wie der Niedriglohnsektor durch die steuerliche und sozialsichernde Erschließung gerade der Zerfallsprodukte der Ehe-Familie bzw. der Ernährer-Ehemannfamilie wie bspw. das Alleinerziehen als Arbeitskraftreserve nicht nur möglich sondern vor allem auch profitabel gemacht worden ist.⁽¹⁹⁾ Diese Entwicklung gipfelt mittlerweile im Doppelphänomen einer wachsenden Zahl von Beschäftigten bei gleichzeitig rückläufigem Lohnaufkommen.⁽²⁰⁾ Zumindest in der Sozialformation der Aufstocker, Niedriglöhner, Langzeitarbeitslosen etc. ist passend an die Stelle der „Familie“ die sozialbürokratische Figur der „Bedarfsgemeinschaft“ getreten. Dies zeigt den Unterschied zum Familialismus in Italien besonders eindrucksvoll. Zuerst auf dem deutschen Arbeitsmarkt ging und geht also die „Schwäbische Hausfrau“ mit aller Härte gegen die Familien vor.

Die von der zukünftigen Großen Koalition in den Mittelpunkt gestellte Einführung eines flächendeckenden einheitlichen Mindestlohnes erfüllt dabei neben legitimatorischen Aufgaben insbesondere für die Beteiligung der Sozialdemokratie an einem zukünftigen oppositionslosen Parlamentarismus⁽²¹⁾ auch die Aufgabe oder zumindest die Wirkung, anstelle einer politisch-ökonomischen Diskussion über den krisenursächlichen Rückgang der Lohnquote eine moralisierend-sozialpolitische Diskussion über „Lohngerechtigkeit“ zu führen.⁽²²⁾ In der Literatur wird zutreffend darauf hingewiesen, dass die arbeitspolitische Einführung eines flächendeckenden einheitlichen Mindestlohnes umgekehrt auch die Bestätigung dafür ist, wie sehr die lohnpolitische Durchsetzungsmacht der Gewerkschaften zur eigenständigen Sicherstellung auskömmlicher Löhne verfallen ist – auch wegen der steuersubventionierten Rekrutierung einer Reservearmee von Billigarbeitskräften aus den Zerfallsprodukten der Ehefamilie in Deutschland.⁽²³⁾

Im Europavergleich haben 20 von 27 Mitgliedsstaaten der EU einen gesetzlichen Mindestlohn, der schon jetzt bei einigen EU-Staaten höher als der für Deutschland geplante Mindestlohn liegt.⁽²⁴⁾ Diese Einreihung des für Deutschland typischen Handels mit niedrig entlohnter Arbeitszeit in das vorherrschende europäische „Sozialmodell“ des Handels mit Arbeitszeit auf der Grundlage von Mindestlöhnen hat dabei einen interessanten Doppelleffekt. Sie lockert die für Deutschland bislang typische und für den Staatshaushalt spürbare und unter Fiskalpaktaspekten problematische enge Bindung von Lohnquotensenkung durch Niedriglohnausweitung einerseits und eines

Anwachsens der dafür erforderlichen (arbeits-)einkommensergänzenden Sozialsicherungs- und Daseinsvorsorgezahlungen bzw. –leistungen andererseits. Der flächendeckende einheitliche Mindestlohn entspricht der europaweiten Sparpolitik des Fiskalpakts einerseits und kodifiziert den mittlerweile mit Hilfe von Kombi-Löhnen und Kombi-Renten etablierten Niedriglohnssektor.

1.3. Euro-Krise: Sozialpolitik als Instrument der Vereinheitlichung des Arbeitsangebotes und der Wertminderung der Arbeit

Diese Verallgemeinerung und Verdurchschnittlichung des Handels mit Arbeitszeit in zwei so unterschiedlichen politisch-sozialen Systemen und kulturellen Situationen wie sie für Italien bzw. für Deutschland gelten durch dementsprechend auch unterschiedliche Strategien, allerdings jeweils unter Berufung vor allem auf die Euro-Krise, zeigt einen bislang nicht ausreichend vertieften Aspekt dieser Krise: Ihre Eignung und Nutzung als „Schock“. Die hegemonialen Eliten Europas haben, keineswegs immer konsensual, diesen „Schock“ genutzt, um die in den zurückliegenden Jahrzehnten der EU-Erweiterung und Euro-Einführung schon reichlich aufgeweichten sozialen Strukturen der EU-Mitgliedsländer nun endgültig so zu zerrütten und zu verflüssigen, dass nunmehr auf die bisher bestehenden nationalen Ausgestaltungen insbesondere der Arbeitsbeziehungen und deren zeitraubende „Offene Koordinierung“ zugunsten europaeinheitlicher Vorgaben vor allem mit Angleichungen der Standards nach unter verzichtet werden kann. Die Normen, Institutionen und Prozeduren der nationalen Sozialsicherungssysteme wurden dabei im Verlaufe der Euro-Krise in Instrumente der Vereinheitlichung des Arbeitsangebotes und der Wertminderung der Arbeit, von Instrumenten des Sozialausgleichs in Instrumente einer europäischen Klassengesellschaft anstelle der bisherigen nationalen Sozialordnungen umfunktioniert.

2. Die Zerstörung der europäischen Wohlfahrtsstaaten in der Euro-Krise

2.1. Wirtschaftsraumerweiterung und Währungsanpassung: Grundmuster des atlantisch-pazifischen Kapitalismus

Das Grundmuster der hegemonialen globalisierten Ökonomie und ihrer Politik besteht in einem seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs stetigen Wachstum des Welthandels bei gleichzeitigem Abflachen der Gesamtwirtschaftsleistung in den Traditionsräumen Vereinigte Staaten,

Japan und Europa. Die systemtypischen inländischen Überproduktionskrisen wurden durch forcierten Zugewinn neuer ausländischer, auch wechselseitiger Absatzmöglichkeiten „exportiert“. Dabei wurde dann jeweils auch das Währungssystem unter Nutzung politischer, militärischer und finanzieller Druckmittel angepasst. Am Beginn dieser Phase stand die ökonomisch-politische „Machtergreifung“ der Vereinigten Staaten auch im bisherigen atlantischen und pazifischen Wirtschaftsraum der besiegten Gegner Deutschland und Japan. Die Anerkennung des US-Dollar als Ersatz für die vormalige Golddeckung von Währungen bei festen Wechselkursen, das System von Bretton-Woods bildete hierfür den Auftakt. (Übersicht 1)

Die Wachstumswirkung der Wirtschaftsraumerweiterung bestand in erster Linie darin, dass das für die kapitalistische Wirtschaftsweise kennzeichnende weite Zurückbleiben der Lohneinkommen hinter der Wertschöpfung nicht wegen fehlender Inlandskaufkraft zu Überproduktionskrisen führte bzw. diese abdämpfte. Es wurden immer neue Räume mit kostengünstigen Arbeitskräften bzw. Absatzmärkten für den Export überschüssiger Waren und überschüssigen Kapitals erschlossen. Das Vorhandensein schwächer entwickelter Regionen, Landesteile, Nachbarländer oder Weltgegenden, das gleichzeitige Nebeneinander von wirtschaftsräumlichen Unterschieden, d.h. die Raumdimension, ist eine Grundkomponente in der Konkurrenz um Höchstgewinne.

Allerdings wird diese Ausnutzung von regionalen und internationalen Disparitäten für die Krisenvermeidung oder Krisendämpfung durch Waren- und Kapitalexport von den konkurrierenden Volkswirtschaften und ihren Staaten typisch in der Sphäre der Währungspolitik abgewehrt: Exportangriffen andere Volkswirtschaften wird durch Abwertung der eigenen Währung begegnet. Dadurch wird der Import der angreifenden Waren und des angreifenden Kapitals verteuert und der eigene Export verbilligt. Realwirtschaftliche Ungleichgewichte führen, wenn sie exportiert werden, typisch zu Währungsauseinandersetzungen.⁽¹⁾

2.2. Raumordnung und Daseinsvorsorge als Europäisches Sozialmodell

Regionale und internationale Disparitäten in der Wirtschaftsentwicklung als Voraussetzung für den „Export“ von Krisenpotentialen und für den Preis von chronischen Währungsproblemen zeigen in Europa noch eine besondere Spezifität. Ein erheblicher Teil des Wachstums vor und nach dem Zweiten Weltkrieg wurde durch die Erschließung der landwirtschaftlich-handwerklichen Regionen in Europa selbst generiert.⁽²⁾

Übersicht 1
Krisendämpfung durch Wirtschaftsraumerweiterung
und
Währungsanpassung
1945 - 2012

1945	Wirtschaftsvorherrschaft der USA im atlantisch-pazifischen Raum Bretton-Woods-Abkommen	US-Dollar als weltweite Reservewährung
1948	Wiederaufbau und Abgrenzung des westeuropäischen Wirtschaftsraumes Marshallplan und Währungsreform	DM als westliche Nachfolgewährung der Reichsmark
1990	Erweiterung der Bundesrepublik Deutschland auf das Gebiet der vormaligen Deutschen Demokratischen Republik Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion	DM als gesamtdeutsche Einheitswährung
2002	Ausweitung der Mitgliedsländer und Ausbau der Wirtschafts- und Währungszusammenarbeit der Europäischen Union Maastricht Vertrag	EUR als europäische Gemeinschaftswährung
2012	Fiskalunion mit Vorherrschaft des Geschäfts- und Politikmodells Deutschland	EUR-Währungsfonds etc.

Quelle: Goeschel, Albrecht: Regionale Wertschöpfung und die Staatsschuldenkrise in der Euro-Zone. In: Georg, Wolfgang; Berg Thomas (Hrsg.): Regionales Zukunftsmanagement Band 6: Regionalökonomie, Pabst Science Publishers, Lengerich 2012, S. 49

Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse durch Raumordnung und Landesentwicklung war dafür in Deutschland die Strategieformel. Bei der Wiederausammenlegung von Ost- und Westdeutschland und bei der Zusammenführung Europas ging es um die Integration autonomer Sozialstaaten mit teilweise unterschiedlichen Wirtschaftssystemen: Auch dies richtete die Aufmerksamkeit auf die räumlichen Disparitäten innerhalb des Wirtschaftsraumes und erschloss enorme innere Wachstumspotentiale.

Die andere Besonderheit Europas ist der Aufbau eines Systems der Sozialsicherung durch steuer- oder beitragsfinanzierte Budgets oder Fonds für Krankheit, Alter oder Arbeitslosigkeit. Sozialsicherung ist hierfür in Europa die Strategieformel. Dabei zeigen die europäischen Nationalstaaten eine auch geografisch gehäufte Vielfalt von Sozialsicherungsformen. Deren Grundfunktion ist aber stets die gleiche: Die systembedingte Lohnzurückdrängung wird durch systemstabilisierenden Lohnersatz in Form von Sozialtransfers und Sozialinfrastruktur ausgeglichen.

Zumindest in Deutschland wurde im Zuge der Neoliberalisierung diese vormalige Politikkonzeption gleichwertiger Lebensverhältnisse, d.h. eine Entwicklung der wirtschaftsschwächeren Regionen durch politisch flankierte „Kapitalexporte“ aus den wirtschaftsstarken Regionen aufgegeben und durch die „Clusterideologie“ ersetzt: Konzentration aller Potentiale auf die weltmarktrelevanten Standorträume der stärksten Realkapitale mit Orientierung am Wirtschaftsraum Europa und am Weltwirtschaftsraum.⁽⁴⁾ Dies ist neuerdings auch die Maßgabe für alle Euro-Länder.⁽⁵⁾ Vor allem in Deutschland wurde die vormalige Politikkonzeption der Lohnzurückhaltung durch Daseinsvorsorge, d.h. die Ergänzung gewinnförderlich zurückbleibender Lohnquoten durch kreditfinanzierte öffentliche Leistungen, Dienste und Einrichtungen ebenfalls aufgegeben. Stattdessen wurden die so genannten Lohn-„Nebenkosten“, ökonomisch sind dies Neben-Löhne, benutzt um tarifpolitisch geräuschlos die Gesamtlöhne vorauseilend, gegenwärtig oder nachträglich zu senken.⁽⁶⁾ In Europa, insbesondere in Deutschland, existieren dadurch zwei Hauptkanäle der Beanspruchung des Lebensstandards der Bevölkerung zur Refinanzierung der so genannten Staatsschulden.⁽⁷⁾ Die laufende Verschlechterung der Regional- und Kommunalfinanzen und die laufende Verringerung der Sozialtransfers.

Bis zur Finanz- und Realkrise 2008/2009 bestand die Funktion der EU und vor allem des Euro darin, dass sich die in Konkurrenz liegenden zunächst westeuropäischen Volkswirtschaften gleichwohl gemeinsam

gegenüber dem ökonomischen und politischen Imperialismus der Vereinigten Staaten von Amerika und gegenüber dem ökonomisch-technologischen Konkurrenten Japan behaupten konnten. Durch einen gemeinsame Außenwert sollten und wurden die internen Wachstumspotentiale gegen die vom US-Dollar immer wieder, etwa bei den beiden Ölkrisen ausgelösten Währungsschocks geschützt und positive Auswirkungen und negative Auswirkungen des stark schwankenden Euro-Dollar-Wechselkurses im größeren Wirtschaftsraum ausgeglichen. Das für den deutschen Export schädliche Zurückfallen des US-Dollarkurses konnte durch die euointerne Exportsteigerung aufgefangen werden.

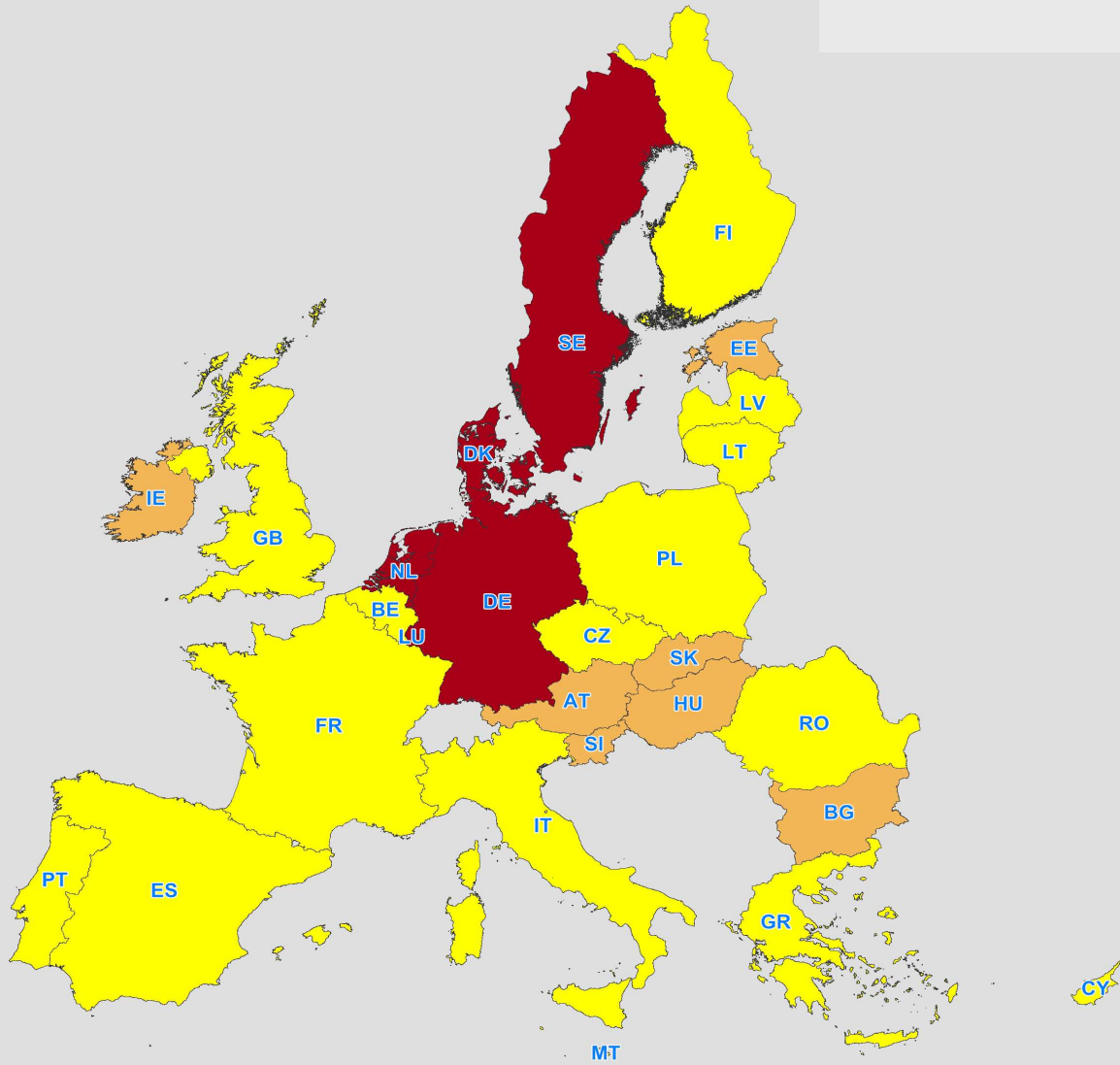
Nun geht es um andere Dimensionen: Wenn es gelingt, den Euro nicht nur zu retten sondern auch die europäischen Volkswirtschaften und Sozialstaaten im Zuge des stillen Staatstreiches der EZB und der ausdrücklichen Haushaltsdiktate des Fiskalpaktes zu formieren, dann wird der US-Dollar seine komfortable und zugleich selbstruinöse Rolle als Weltgeld ausgespielt haben. Die Kapitalströme der Welt werden sich dann stärker auf Europa richten.

Neben nominalen Änderungen der Währungsrelationen konkurrierender Wirtschaftsblöcke, gegenwärtig zeigt der Euro trotz aller Krisen gegenüber dem Dollar infolge der dürftigen Produktionsleistung und enormer Staatsüberschuldung der USA eine exporthinderliche Stärke, ist es möglich, Währungsrelationen durch reale Änderungen, insbesondere einen massiven Abbau der Arbeitseinkommen zu erreichen: Der Wert einer Währung wird dann sozusagen von innen, durch Lohndämpfung gesenkt. Diese Strategie hat das deutsche Machtkartell mit Hilfe des Fiskalpaktes vor allem von den südlichen Euro-Ländern regelrecht erpresst. Der Erfolg dieser Politik einer Mehrfachgewinner-Position einer kleinen Kerngruppe weniger EU- und Eurovolkswirtschaften, allen voran das Geschäftsmodell Deutschland, ist an den Zahlungsbilanzen der EU-Länder abzulesen. (Karte 1)

Das besondere daran ist, dass dabei der Sozialstaat, dass die Sozialtransfers benutzt werden, um die Konkurrenzkapitalien auszuschalten oder abhängig zu machen. Dabei zeichnen sich je nach dem Entwicklungsstand der Sozialstaatlichkeit in den verschiedenen EU-Ländern unterschiedliche „Pfade“ der Zerrüttung der jeweiligen Gesellschaften und Volkswirtschaften mittels Sozialabbau ab, angetrieben durch Sparpolitik und „Fiskalpakt“.

Karte 1

Zahlungsbilanzen in der Europäischen Union 2011 Surplus und Defizit



© Akademie und Institut für Sozialforschung e.V.
Karte: Dipl.-Geogr. Markus Steinmetz, M.Eng.
Datenquelle: Eurostat 2012.

Surplus (+) oder Defizit (-) je Erwerbstätigen

In EUR

In der EU-27 2011

- -6000 bis unter 0
- 0 bis unter 3000
- 3000 und mehr

2.2.1. Umbau durch direkte Sozialtransfersenkung

Der zentrale Sparhebel der Regierungen der Krisen- und Defizitländer ist eine direkte Senkung der Sozialtransfers. Gerade bei stärker steuerfinanzierten Sozialsicherungssystemen bietet es sich für die Regierungen an, hier direkte Ausgaben- bzw. Leistungskürzungen zu dekretieren. Die Blaupause hierfür haben die dementsprechend auch als Vorbild gepriesenen „Reformen“ in Deutschland geliefert. Durchgängig wurde bei diesen Reformen der Sozialsicherung eine Lohnsenkung, d.h. negative Einkommenspolitik auch durch Leistungsabbau verfolgt um die Export- Wettbewerbsfähigkeit zu erhöhen.

Dabei war wie die Kombi-Löhne und die Kombi-Renten zeigen gerade auch die zunehmende Steuerfinanzierung der Arbeitslöhne und der Sozialtransfers regelmäßig mit Reduzierungen der Löhne und der Transfers verbunden. Unterlegt wurden die direkten Sozialtransfersenkungen durch Leistungsabbau im „Reformmodell“ Deutschland zusätzlich noch durch Vorgaben zur Beitragssatzstabilisierung, zum Abbau der Beitragsfinanzierungsparität und durch Beitragssatzsubventionierung aus Steuermitteln Ein steigendes und sich verfestigendes Armutsrisiko ist damit das politisch erzeugte Resultat. Nachdem dieser Weg von der deutschen Politik gegenüber den anderen EU- und Euroländern durchgesetzt ist, muss und kann analysiert werden, wie sich das Armutsrisiko dieser Politik für die Bevölkerungen in den Ländern der EU darstellt. Dabei wird unterstellt, dass Länder mit einem hohen Niveau an Sozialtransfers zwar eine breite Angriffsfläche für eine Zerrüttung durch die sogenannte Austerity-Strategie bieten. Für die Mehrzahl der Länder der Euro-Zone und diese insgesamt wird dementsprechend auch tatsächlich ein Rückgang der Wirtschaftsleistung, ein Sinken des Bruttoinlandsprodukts gegenüber dem Vorjahr als Folge dieser Strategie prognostiziert.⁽⁹⁾⁽¹⁰⁾ Allerdings können die eingebauten Stabilisatoren der Sozialsicherung, insbesondere wenn sie beitragsfinanziert sind, auch nicht „über Nacht“ demontiert werden und sie behalten ihre Armutsverminderungs- oder Armutsvermeidungsfunktion gerade dann bei, wenn sie breit ausgelegt und gut ausgestattet sind. Hierfür spricht der grafische Zusammenhang von Sozialquote und Armutsquote in Europa. In der Tat zeigen diejenigen Länder der EU, die hohe Sozialquoten aufweisen niedrige Armutsquoten und umgekehrt.⁽¹¹⁾ (Übersicht 2)

2.2.2. Umbau durch indirekte Sozialtransfersenkung

Zusätzlich zu einer direkten Verringerung der Sozialtransfers mit der Folge einer Erhöhung des Armutsrisikos vor allem in Ländern mit schon jetzt niedriger Sozialquote und hoher Armutsquote muss auch mit den Folgewirkungen steigender Arbeitslosigkeit nach Sozialtransferkürzungen gerechnet werden. Nachdem Sozialtransfers vor allem für die Nachfrage relevant sind, bewirken Sozialtransferkürzungen Nachfrageausfall und Beschäftigungsausfall. Steigende Arbeitslosigkeit führt dann zu Mehrbeanspruchung der Sozialtransfers bei gleichzeitiger Wenigeraufbringung entsprechender Finanzmittel.⁽¹²⁾ Mit solchen Effekten muss für Länder gerechnet werden, in denen schon jetzt die Sozialtransferquote niedrig und die Arbeitslosenquote hoch ist⁽¹³⁾ (Übersicht 3)

2.3. Sparpolitik und Fiskalpakt zerrütten Europa

Die Begriffe „Fiskal-Union“ bzw. „Fiskalpakt“ sind in hohem Maße irreführend. Mit dem Teilbegriff „Union“ wird eine Einheit auf eben dem Gebiet vorgetäuscht, auf dem ganz im Gegenteil zunächst eine Zerrüttung und nachfolgend eine Spaltung Europas betrieben wird, nämlich über die Para-Fisci. Mit dem Teilbegriff „Pakt“ wird ein Vertragsverhältnis vorgetäuscht, wo ganz im Gegenteil eher ein Zwangsverhältnis vorliegt. Diese drohende Zerrüttung und Spaltung Europas lässt sich durch zwei Kartografien gut verdeutlichen. Diese Karten zeigen die aktuellen Rangplätze der EU-Länder bei den Sozialleistungsquoten⁽¹⁴⁾ und den Armutsquoten⁽¹⁵⁾ bzw. den Sozialleistungsquoten und den Arbeitslosenquoten⁽¹⁶⁾ der einzelnen Länder im Europavergleich.⁽¹⁷⁾ Beide Karten zeigen höchste Werte für verbleibende Sozialquoten nach Abzug der Armutsquote bzw. nach Abzug der Arbeitslosenquote in einer Kernzone, die Deutschland und Österreich, Belgien, Niederlande und Luxemburg, Dänemark und Schweden umfasst. Hinzu kommen England und Ungarn bei der Armutsquote, Frankreich bei der Arbeitslosenquote. Die schon von der Armutsgefährdung überforderten restlichen Länder sind in unterschiedlichen Abstufungen peripher. Sie haben nur geringe oder keine Reserven um Spardruck auf die Sozialtransfers direkt und aus steigender Arbeitslosigkeit indirekt aufzufangen, d.h. weitere Verarmung zu vermeiden. (Karte 2 und Karte 3)

Übersicht 2: Sozialsicherung und Armutsgefährdung in Europa 2009

Sozialsicherungsquote ¹ in Prozent des Bruttoinlandsprodukts 2009		Armutsgefährdungsquote ² in Prozent der Bevölkerung 2009	
16,6	Lettland	Lettland	25,7
16,7	Bulgarien	Rumänien	22,4
16,9	Rumänien	Bulgarien	21,8
18,3	Slowakei	Litauen	20,6
19,0	Estland	Griechenland	19,7
19,4	Polen	Estland	19,7
19,8	Malta	Spanien	19,5
19,8	Tschech. Rep.	Italien	18,4
20,6	Zypern	Portugal	17,4
20,6	Litauen	Ver. Königr.	17,3
22,7	Luxemburg	Polen	17,1
23,0	Ungarn	Deutschland	15,5
23,3	Slowenien	Malta	15,3
24,5	Spanien	Zypern	15,3
25,6	Portugal	Irland	15,0
26,4	Irland	Luxemburg	14,9
27,3	Griechenland	Belgien	14,6
28,2	Ver. Königr.	Finnland	13,8
28,4	Italien	Schweden	13,3
28,9	Belgien	Dänemark	13,1
29,4	Finnland	Frankreich	12,9
29,7	Niederlande	Ungarn	12,4
29,9	Österreich	Österreich	12,0
30,1	Deutschland	Slowenien	11,3
31,5	Schweden	Niederlande	11,1
31,6	Frankreich	Slowakei	10,0
32,5	Dänemark	Tschech. Rep.	8,6

1) Leistungen für die Sozialschutzfunktionen Krankheit und Gesundheit, Invalidität und Gebrechen, Alter, Hinterbliebene, Familie und Kinder, Arbeitslosigkeit, Wohnen, Soziale Ausgrenzung

2) Von Armut bedrohte Personen gemessen an einem Einkommen in Höhe von 60 Prozent des medianen Äquivalenzeinkommens nach Sozialleistungen.

Quelle: Eurostat 2011 und Eurostat 2012

Übersicht 3: Sozialsicherung und Arbeitslosigkeit in Europa 2009/2010

Sozialsicherungsquote ¹⁾ in Prozent des Bruttoinlandsprodukts 2009		Arbeitslosenquote ²⁾ in Prozent der Erwerbspersonen 2010	
16,6	Lettland	Spanien	20,1
16,7	Bulgarien	Lettland	18,7
16,9	Rumänien	Litauen	17,8
18,3	Slowakei	Estland	16,9
19,0	Estland	Slowakei	14,4
19,4	Polen	Irland	13,7
19,8	Malta	Griechenland	12,6
19,8	Tschech. Rep.	Portugal	12,0
20,6	Zypern	Ungarn	11,2
20,6	Litauen	Bulgarien	10,2
22,7	Luxemburg	Frankreich	9,8
23,0	Ungarn	Polen	9,6
23,3	Slowenien	Finnland	8,4
24,5	Spanien	Schweden	8,4
25,6	Portugal	Italien	8,4
26,4	Irland	Belgien	8,3
27,3	Griechenland	Ver. Königr.	7,8
28,2	Ver. Königr.	Dänemark	7,4
28,4	Italien	Tschech. Rep.	7,3
28,9	Belgien	Slowenien	7,3
29,4	Finnland	Rumänien	7,3
29,7	Niederlande	Deutschland	7,1
29,9	Österreich	Malta	6,9
30,1	Deutschland	Zypern	6,3
31,5	Schweden	Niederlande	4,5
31,6	Frankreich	Luxemburg	4,5
32,5	Dänemark	Österreich	4,4

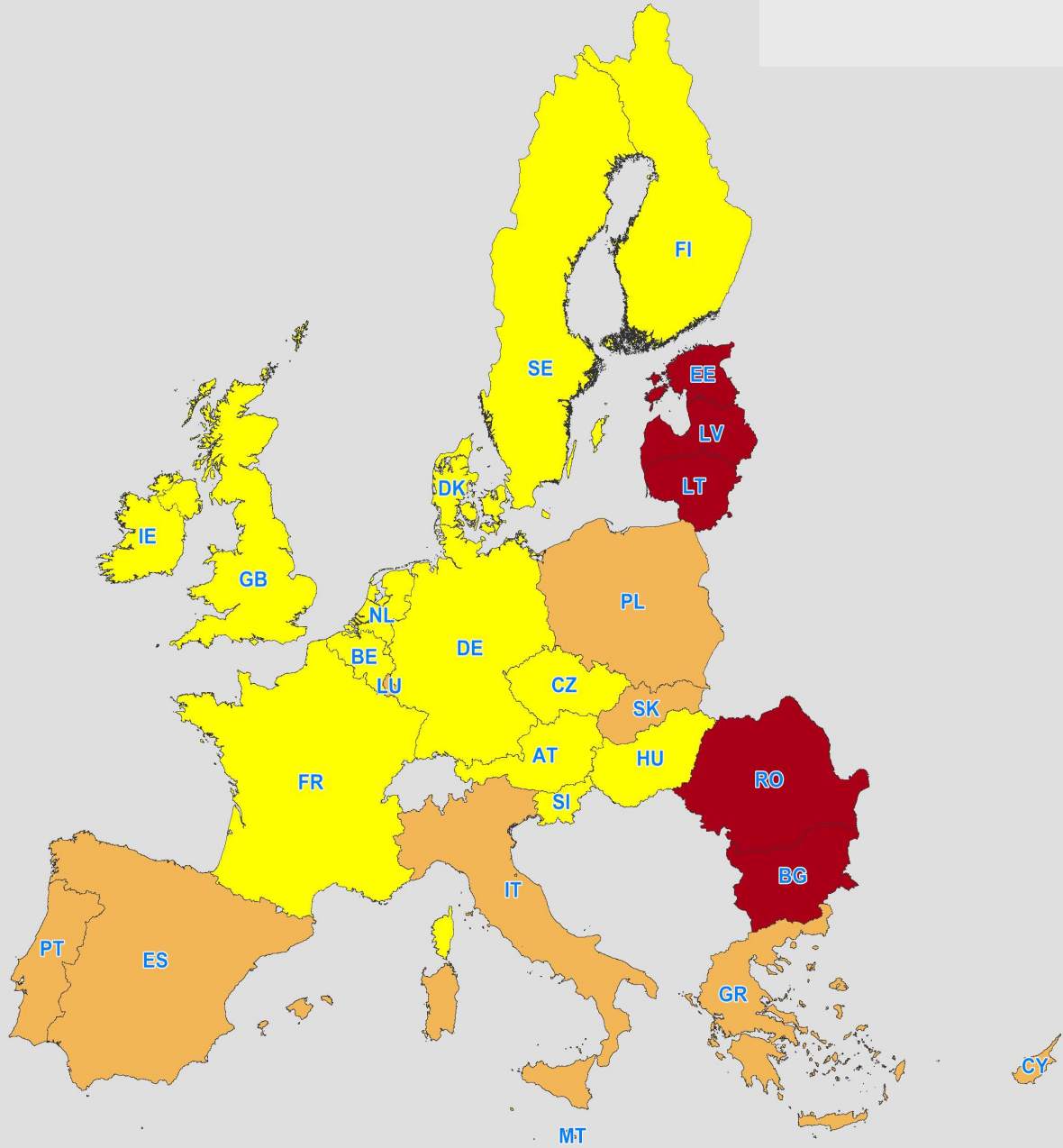
1) Leistungen für die Sozialschutzfunktion Krankheit und Gesundheit, Invalidität und Gebrechen, Alter, Hinterbliebene, Familie und Kinder, Arbeitslosigkeit, Wohnen, Soziale Ausgrenzung

2) Standardisiert

Quelle: Eurostat 2011 und Sachverständigenrat Jahresgutachten 2011/2012

Karte 2

Relativierte Sozialsicherung in der Europäischen Union 2009: Armutsgefährdung



© Akademie und Institut für Sozialforschung e.V.
Karte: Dipl.-Geogr. Markus Steinmetz, M.Eng.
Datenquelle: Eurostat 2012.

Sozialleistungsquote minus Armutsgefährdungsquote

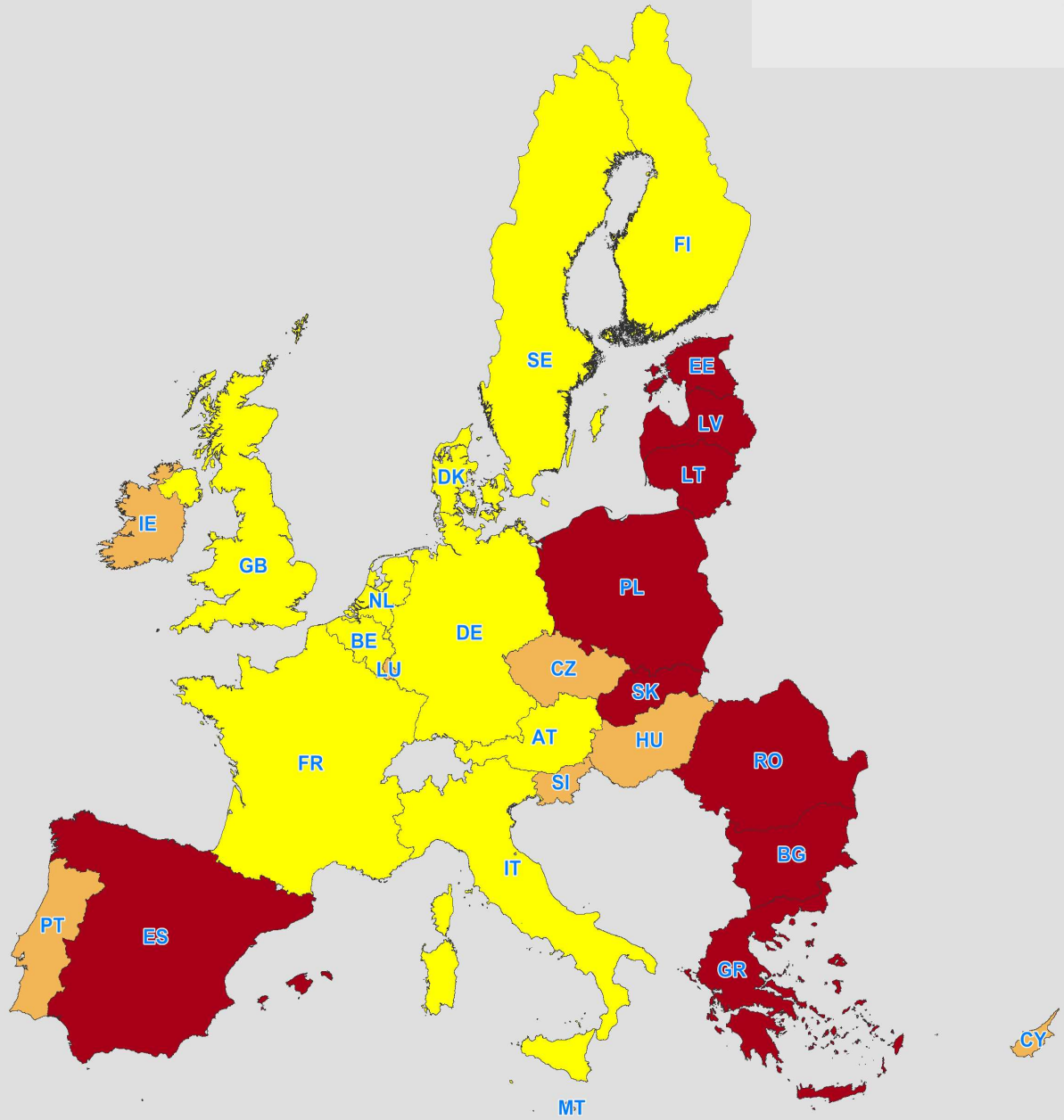
In Punkten

In der EU-27 2009

- 20 bis unter 11
- 10 bis unter 1
- 0 bis unter -10

Karte 3

Relativierte Sozialsicherung in der Europäischen Union 2009/2010: Arbeitslosigkeit



© Akademie und Institut für Sozialforschung e.V.
Karte: Dipl.-Geogr. Markus Steinmetz, M.Eng.
Datenquelle: Eurostat 2012.

**Sozialleistungsquote minus
Arbeitslosenquote**

In Punkten

In der EU-27 2009

- 20 und mehr
- 10 bis unter 20
- bis unter 10

2.3.1. Griechenland: Labor für die Zerrüttung des Europäischen Sozialmodells

Für die Sparzugriffe auf die europäischen Volkswirtschaften bzw. Gesellschaften durch Zerrüttung insbesondere der Sozialstaatlichkeit ist Griechenland sozusagen das Experimentierlabor.⁽¹⁸⁾ Es werden dort nicht nur die Sozialtransfers, die im europäischen Wohlfahrtsstaat- und Wachstumsmodell als Instrument zur Gewinnsicherung durch Lohnmoderation dienen abgesenkt. Vielmehr wird die Lohnquote durch negative Beschäftigungspolitik (Einstellungsstopp, Stellenabbau, Kündigungsschutzabbau) sowie negative Einkommenspolitik (Mindestlohn-, Lohn- und Arbeitslosengeldkürzung) direkt gesenkt.

Insbesondere die Alterslöhne, d.h. Lohnnachzahlungen in Form von Renten werden durch Kürzung der Renten bzw. Heraufsetzung des Rentenalters gesenkt. Die öffentlichen Alltagsdienste wie Wasser- und Energieversorgung sollen privatisiert werden und werden damit die Reallöhne durch Preissteigerungen negativ beeinflussen. Benachteiligten Gruppen, etwa den Bewohnern entlegener Gebiete werden die Ausgleichszahlungen gekürzt. Die Erhöhung der Mehrwertsteuer wirkt sofort wie eine Preissteigerung und damit Reallohnsenkung.

2.3.2. Sozialstaaten im Zangengriff von Abbau des Kündigungsschutzes, Erhöhung der Mehrwertsteuer und Absenkung der Renten

Wenn man die Sparprogramme der verschiedenen Länder der Euro-Zone und der EU bis zum Frühjahr 2012, d.h. bis zum Eintreten in die Fiskalpaktphase überblickt, zeigt sich, dass die Länder, die bereits Sparprogramme realisieren mehrheitlich Länder mit eher niedriger Sozialschutzquote sind oder jedenfalls nicht zur Spitzengruppe bei den Sozialschutzquoten, mit Ausnahme Frankreichs, Italiens und der Niederlande gehören. Es ist von daher plausibel, dass die häufigsten Sparmaßnahmen nicht über Reduzierungen der Sozialtransfers realisiert werden sondern als direkte Verbesserungen der Gewinnlage der Unternehmen, d.h. einen Abbau des Kündigungsschutzes bzw. als direkte Verbesserung der Staatseinnahmen, d.h. über eine Anhebung der Mehrwertsteuer. Auch die in den eher peripheren EU-Ländern noch anteilsstarken öffentlichen Versorgungsunternehmen und deren noch anteilsstarke Arbeitsplätze und Lohnaufkommen sind ein Ansatzpunkt für Spar- und Abbaumaßnahmen.

Im Mittelpunkt von Sparmaßnahmen im Bereich der Sozialtransfers stehen, mehrheitlich bei Ländern mit Sozialleistungsquoten im mittleren und oberen Bereich direkte Rentenkürzungen oder Heraufsetzung des Rentenalters, andere Kürzungen von Sozialtransfers sind weniger häufig anzutreffen. Hierbei spielt sicherlich der Umstand eine Rolle, dass in einer Reihe von eher peripheren Ländern der EU diese Sozialschutzfunktionen weniger ausgebaut sind. (Übersicht 4)

Selbstverständlich schlagen Sparmaßnahmen die direkt bei den Arbeitseinkommen und bei der Beschäftigung oder die direkt bei den Lebenshaltungskosten einschließlich öffentlicher Dienste ansetzen unmittelbarer und unverzögerter auf die Lebenslage der Bevölkerung und auf die Nachfrage in der Wirtschaft durch als Sparmaßnahmen über die monetären und realen Sozialtransfers mit ihren rechtlichen und tatsächliche Verzögerungseffekten. Man kann insgesamt auch wegen der räumlichen Verteilung der verschiedenen Sparmaßnahmen im EU-Raum davon ausgehen, dass die Verarmungseffekte des Fiskalpaktes bzw. der Austerity-Strategie in der EU-Peripherie noch dramatischer ausfallen als im Kernbereich.

Die Frage stellt sich, welcher Typus von europäischem Wohlfahrtsstaat aber letztlich die höhere Abwehrkraft gegen die neoliberalen Zugriffe auf die Wirtschaftskraft und den Lebensstandard seiner Bevölkerungen hat: Wohlfahrtsstaaten mit hoher Sozialschutzquote, d.h. auch hoher Trägheit gegenüber Sparprogrammen oder Wohlfahrtsstaaten mit niedriger Sozialschutzquote, d.h. auch rascher Umsetzung von Sparprogrammen.

Der entscheidende Unterschied ist dabei der Grad der institutionellen Ausdifferenzierung der Sozialsicherung. Hochausdifferenzierte Sozialsicherungsinstitutionen wirken einerseits sparprozessverzögernd, wirken dann allerdings, wenn sie umprogrammiert sind, auch sparprozessverewigend. Bei geringer institutioneller Ausdifferenzierung eigenständiger Systeme der Sozialsicherung und einem Nochverbleiben der Sozialen Frage in den Arbeitsverhältnissen einerseits und einem Vorherrschen des Steuerstaates andererseits sind Sparprogramme notwendigerweise „politisiert“, aber auch volatiler.

2.4. Deutsche „Reformen“ als Leitbild für die Lohnabsenkung und Nachfragedämpfung in der EU

Im Sommer 2010 hat die Deutsche Bundesbank sozusagen die „Blaupause“ für die Austerity-Strategie des deutschen Machtkartells aus

Übersicht 4: Sparprogramme in der Europäischen Union * 2010 – 2012

Maßnahmen ¹⁾	Länder ²⁾											
	CZ	BG	EE	ES	GB	GR	IT	NL	LT	PT	RO	SK
Abbau des Kündigungsschutzes	CZ	BG	EE	ES	GB	GR	IT	NL	LT	PT	RO	SK
Erhöhung der Mehrwertsteuer	CZ	ES	FR	GB	GR	IE	IT	NL	RO			
Kürzung der Renten inkl. Anhebung des Rentenalters	ES	FR	GR	IT	NL	PL	PT					
Privatisierung von Versorgungsunternehmen	ES	GB	GR	IE	IT	PL						
Kürzung der Beschäftigung im öffentlichen Sektor	ES	GB	GR	IT	PL	RO						
Abbau der Tarifbindung	ES	FR	GR	IT	PT	SL						
Abbau der Beschäftigung im öffentlichen Sektor	ES	GB	GR	IT	PL							
Abbau der Gesundheitsversorgung	ES	GR	IT	NL								
Kürzung des Arbeitslosengeldes	CZ	GR	PL									
Senkung der Löhne	ES	GR	PT									
Senkung des Mindestlohnes	ES	GR	PT									
Zentralisierung der Verwaltungs- und Selbstverwaltungsstrukturen	ES	IT										
Deregulierung von Arbeitsmarkt und Berufsordnungen	ES	IT										

* Ohne Deutschland

1) Auswahl

2) CZ = Tschechische Republik; BG = Bulgarien; EE = Estland; ES = Spanien; GB = Ver.Königreich; GR = Hellenische Republik; IT = Italien; NL = Niederlande; LT = Litauen; PT = Portugal; RO = Rumänien; SK = Slowakei

Quelle: Berichterstattung der Süddeutschen Zeitung zwischen 01.01.2010 und 15.07.2012 sowie Hans-Böckler-Stiftung: Arbeitnehmerschutz: Abbau im Windschatten der Krise. In: Böckler-Impuls, Düsseldorf 9-2012

Exportkonzernen, Großbanken und Kanzleramt vorgelegt.⁽¹⁹⁾ Sie nimmt dabei die „Ausstrahlungseffekte“ auf die Finanzmärkte, die von der „Verschuldungskrise in einigen Peripheriestaaten“ des Euro-Raumes ausgehen zum Anlass, die ursächlichen Leistungsbilanzdefizite dieser Länder näher zu analysieren und zu qualifizieren und daraus eine „Reformagenda“⁽²⁰⁾ zu entwickeln.

Als Vorbild werden dabei die „Arbeitsmarktreform und Lohnmoderation“ in Deutschland bezeichnet.⁽²¹⁾ Die Kernelemente dieser „Reformagenda“ für den Gesamttraum der Europäischen Währungsunion, also nicht nur für die Defizitländer an der Peripherie sollen dabei erstens eine „Lohnmoderation als Weg zu mehr Beschäftigung und Wachstum“ sowie zweitens eine „Dämpfung der übersteigerten inländischen Nachfrage“ sein.⁽²²⁾ Vehement abgelehnt wird eine „symmetrische“, d.h. solidarische Krisenbewältigung durch eine „expansivere Lohn- und Finanzpolitik“ der Überflussländer zur Steigerung ihrer Binnennachfrage und damit Verbesserung der Auslandsnachfrage für die Defizitländer.⁽²³⁾

Als Hauptursache für die finanzmarktriskanten Leistungsbilanzdefizite der Peripherieländer identifiziert die Bundesbank eine „zu kräftig expandierende Binnennachfrage“ und eine entsprechend expansive „Lohnentwicklung“.⁽²⁴⁾ Der aus dieser Sicht ursachengerechten Lohnmoderation und Nachfragedämpfung in den Defizitländern wird dabei kein positiver Effekt auf die Leistungsbilanzen unterstellt. Im Gegenteil könnten sich diese durch die Exportpreissenkungen in Folge Lohnmoderation sogar noch verschlechtern. Dies sei allerdings hinnehmbar weil längerfristig damit eine Korrektur der zu hohen Löhne und des zu hohen Verbrauches als entscheidende Wachstumshindernisse erreicht werde.⁽²⁵⁾ Mit „Wachstum“ sind damit die Gewinnanteile am Bruttoinlandsprodukt bzw. Volkseinkommen gemeint.⁽²⁶⁾

2.4.1. Lohnsenkung durch Neben-Lohnmanipulation

Folgt man dem Bundesbank-Plan für die Krisenbewältigung in der Euro-Zone und im EU-Raum, d.h. einer Anwendung des deutschen Reform-Modells zur Lohn-Moderation und Nachfragedämpfung dann ergibt sich eine spezifisch deutsche Austerity-Strategie: Vor allem aus Gründen der Vermeidung direkter Konflikte mit den Arbeitnehmerorganisationen und unter Ausnutzung der in den zurückliegenden Jahrzehnten verfolgten Wachstumsstrategie der Moderation der Löhne durch Expansion der Daseinsvorsorge⁽²⁷⁾ sowie unter Ausnutzung des schon Tradition gewordenen Korporatismus, d.h. zwischen Bundesregierung, Unternehmerverbänden und Gewerkschaften „konzertierter“ Politik

werden durch Beitragsstabilisierung und Leistungsdezimierung vor allem in der Gesundheits-, Pflege- und Rentenversicherung auf dem Umweg der Neben-Löhne die Arbeitnehmerentgelte gesenkt.⁽²⁸⁾ Eine am deutschen Reformmodell ausgerichtete Austerity-Strategie setzt also bei den Lohnsenkungen zentral an den Sozialleistungsquoten der Euro-Zone an. Aufgabe einer politischen Überwachung der europäischen Austerity-Politik wird es sein, die Neben-Lohnmanipulation in den Euro- und EU-Staaten zu beobachten.

2.4.2 Nachfragedämpfung durch Mehrwertsteuergestaltung, Beitragsmanipulation, Grundsicherung, Verbrauchssteuererhöhung und Verbraucherpreiserhöhung

Folgt man der zweiten Empfehlung des Bundesbankplans für die Krisenbewältigung in der Euro-Zone und im EU-Raum, d.h. der Anwendung eines deutschen Modells zur Nachfragedämpfung dann ergibt sich auch hierfür eine spezifisch deutsche Austerity-Strategie.

Mittlerweile zum Leitbild für die EU-Länder insgesamt geworden ist das weitgehende Neuverschuldungsverbot in der Verfassung der Bundesrepublik Deutschland, das wesentlicher Inhalt des zur Verabschiedung anstehenden „Fiskalpakts“ ist. Bei den gegebenen Machverhältnissen kann kein Zweifel bestehen, dass die Erfüllung dieser Vorgabe vorrangig über den Kanal der steuerfinanzierten Sozialleistungen von Bund, Ländern und Gemeinden sowie Sozialversicherungen realisiert wird. Die entfallenden Sozialeinkommen führen zu einer direkten Minderung der inländischen Nachfrage.⁽²⁹⁾

Zwar als solche keine deutsche Besonderheit verdient die entgegen dem seinerzeitigen Wahlversprechen dann mit dem Beginn der christlich-sozialen-sozialdemokratischen Koalition erfolgte Erhöhung der Mehrwertsteuer im Falle Deutschlands besondere Aufmerksamkeit. Sie stellt deshalb eine besonders gravierende Nachfragebelastung dar, weil gleichzeitig die stetig wachsenden Exportüberschüsse nicht mit Mehrwertsteuer belegt sind. In der gesamtwirtschaftlichen Verbrauchsstruktur sind daher der Privatkonsum und der Staatskonsum mit Mehrwertsteuer belegt, nicht jedoch der Wertschöpfungsverbrauch der Ausführüberschüsse.⁽³⁰⁾

Eine weitere spezifisch deutsche Variante von Reformarbeit im Bereich der Sozialsicherung ist die schrittweise Umwandlung von Beitragseinnahmen in Steuermittel und damit die Übertragung der Verfügungs- und Gestaltungshoheit von Sozialversicherungsinstitutionen auf die Bundesregierung. Ein seit langen Jahren beschrittener Weg

besteht in der Übertragung immer neuer sogenannter „Versicherungsfremder Leistungen“ auf die Sozialversicherungen wobei die Ersatzzahlungen weit unter den Kosten dieser Leistungen bleiben. Die Differenz von derzeit zwischen 65 und 70 Mrd. EUR muss dann aus den Beitragsmitteln der Sozialversicherung entnommen werden.⁽³¹⁾ Ein erst in den letzten Jahren beschrittener Weg zur technisch-organisatorischen Umwandlung von Beiträgen in Steuern ist mit der Etablierung des sogenannten „Gesundheitsfonds“ gelungen. Der neue Einheitsbeitragssatz des Gesundheitsfonds wird zentral vorgegeben und ohne Berücksichtigung der unterschiedlichen Morbiditäten aus den Regionen abgezogen und im zentralen Sondervermögen Gesundheitsfonds (§ 217 SGB V) zusammenfasst. Der Einheitsbeitragssatz wird durch die Bundesregierung als Allgemeiner Beitragssatz festgelegt (§ 241 SGB V). Die Rückverteilung der Finanzmittel erfolgt davon getrennt durch die zentral vorgegebene Grundpauschale sowie Zu- und Abschläge als Zuweisungen je Versicherten (§ 266 SGB V).

Durch diese Art der Rückverteilung wird nach einheitlicher Bewertung in der Fachwelt für alle Krankenkassen, auch die ausschließlich regionalzuständigen Krankenkassen eine bundesweite Mischkalkulation bewirkt, wie sie vormals nur Ersatzkassen hatten. Bei dieser Mischkalkulation zahlen Mitglieder in einkommensstärkeren, ausgabengünstigeren und/oder gesundheitswirtschaftlich schwächer ausgestatteten Regionen für Mitglieder in Regionen mit einer stärkeren Gesundheitswirtschaft, mit höheren Ausgaben und/oder mit niedrigerem Einkommen (hierzu von Augurtzki, Göppfarth, Rürup/Wille). Zusätzlich wird das, was dann von den aus den Regionen abgeflossenen Beiträgen an Leistungsausgaben in die Regionen tatsächlich zurückfließt vielfältig durch die Gesundheitspolitik manipuliert. Hier spielen insbesondere der Gemeinsame Bundesausschuss (§ 91 SGB V) und der zentrale Budgetdeckel (§ 71 SGB V) die wesentliche Rolle.

Im Gesundheitswesen ist sowohl für die Beitragsaufbringung wie für die Leistungsverausgabung und damit für den Beitragsbedarf die Regionalebene entscheidend. Durch die beschriebene Zentralisierung sowohl der Beitragsabschöpfung wie die Leistungsrückflüsse ist das typische Merkmal von Beiträgen, der enge sachliche Konnex von Leistung und Abgabe eliminiert. Verfassungsrechtler und Gesundheitsökonomien sprechen daher von einer „Kranken-Steuer“ (hierzu Hufen, Kirchhof, Knappe) mit dem Charakter einer Verbrauchssteuer.

Eine weitere spezifisch deutsche Variante der schrittweisen Verlagerung der Sozialsicherung aus der Beitragsfinanzierung in die Steuerfinanzierung sind die Manipulationen der sogenannten Arbeitsmarktreformen. Unter Ausnutzung hoher Arbeitslosenzahlen wurden Millionen Haushalte aus der beitragsfinanzierten Sozialsicherung in die steuerfinanzierte Grundsicherung umgesiedelt und gleichzeitig unter Missachtung der Vorgaben der Verfassung und des Bundesverfassungsgerichtes dort auf eine Minimalnachfrage beschränkt.⁽³²⁾

Noch eine spezifisch deutsche Reformvariante zur Nachfragedämpfung besteht in der Verlagerung demografisch bedingt stark anwachsender Teile von Versicherten der Gesetzlichen (Voll-) Krankenversicherung in die Zuständigkeit der Gesetzlichen (Teil-) Pflegeversicherung. Die dort unvermeidlich hohen Eigenleistungen der Pflegebedürftigen bzw. ihrer Angehörigen verlagern Kaufkraft für die allgemeine Lebensführung in den Bereich der Pflegeversorgung. Bei einer Ausgestaltung als Voll-Versicherung in der Form einer Bürgerversicherung hätte dies zwar zu Beitragssteigerungen, d.h. steigenden Nebenlöhnen geführt jedoch die Kaufkraft für die allgemeine Lebensführung wesentlich weniger vermindert.⁽³³⁾

Zum Paket der Nachfragedämpfung gehört in Deutschland typisch auch die Überspannung der Haushaltslage der Kommunen durch Aufgabenverlagerung auf die Kommunen ohne angemessene Mittelausstattung mit der Folge eines Ansteigens der Gebührenpreise für die öffentlichen Leistungen und Lieferungen. Diese Art der indirekten Verbesserung des Haushaltes des Bundes und der Länder reduziert die Massenkaukraft erheblich.⁽³⁴⁾

2.5. Ökonomische Ungleichgewichte und die unterschiedliche Verwundbarkeit der Länder Europas gegenüber der Austerity-Strategie

Natürlich interessiert es, ob über die unterschiedliche Verteidigungskraft der Sozialstaaten der Europäischen Union bzw. des Euroraumes gegenüber dem Sparzugriff auf die Wirtschaftskraft und der Lebensstand dieser Volkswirtschaften hinaus auch noch andere gleichgerichtete Unterschiede zwischen den Ländern der Europäischen Union bzw. des Euroraumes bestehen. Hier wird man dann sehr schnell fündig: Die Länder mit der geringeren Verteidigungskraft, d.h. der geringeren verbleibenden Sozialquote nach Abzug der Armutsquote bzw. der Arbeitslosigkeitsquote zeigen in den Jahren nach 2000 mehrheitlich eine

negative Leistungsbilanz, d.h. Verschuldung gegenüber dem Ausland. Umgekehrt zeigen die Länder mit hoher Verteidigungskraft, also vor allem Deutschland und Österreich, Belgien, Niederlande, Luxemburg, Dänemark und Schweden in diesem Zeitraum eine positive Leistungsbilanz: Sie sind gegenüber dem Ausland Gläubigerländer.⁽³⁶⁾ (Karte 4)

Wesentlicher Inhalt dieser Ungleichgewichte zwischen Ländern mit anhaltender Gläubigerposition bzw. Schuldnerposition sind die anhaltenden Exportüberschüsse der Gläubigerländer, vor allem Deutschlands gegenüber den Hochimporten der Schuldnerländer. Gesamtökonomisch gesehen haben die sogenannten Schuldnerländer erst die Exportüberschüsse der Gläubigerländer ermöglicht. Die Spaltung Europas ist also von Anbeginn an angelegt gewesen und wurde durch die Währungsunion wegen des wegfallenden Aufwertungsmechanismus gegenüber den Exportüberschussländern einerseits und der niedrigen Realzinsen in den Hochimportländern andererseits forciert.

Aus diesen Ungleichgewichten wird nun eine auch für die Exportüberschuss- und Gläubigerländer hochriskante Zerrüttung und Spaltung, wenn statt einer ausgleichenden und abgestimmten gemeinsamen Wirtschafts-, Haushalts-, Sozial- und Steuerpolitik und vor allem wirksame Transferpolitik der Hauptgewinner Deutschland aus der Verantwortung für den Europäischen Raum aussteigen sollte und unter Mitnahme der Gewinne aus der europäischen Einigung und der europäischen Krise zum „Panthersprung“ in die BRIC-Staaten übergeht.⁽³⁷⁾ Der Chef der HypoVereinsbank Theodor Weimer warnt hier vor einem „Pyrrhussieg“.⁽³⁸⁾

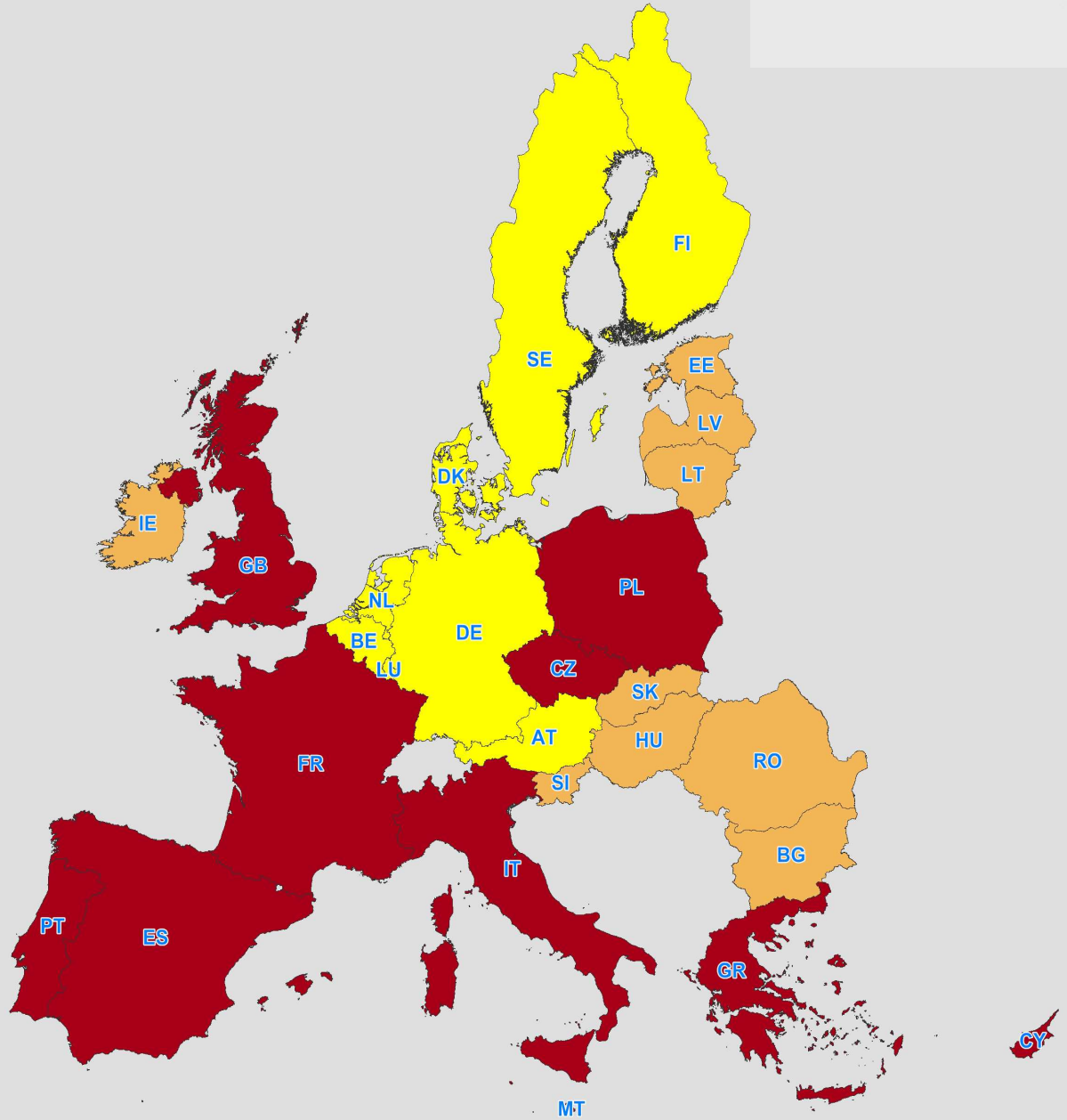
2.6. Rückkehr des Fluchtkapitals: Die nächste Krise in Vorbereitung

Die Öffentlichkeit hat sich seit bald einem Jahrzehnt daran gewöhnt, dass die Wirtschaftsjournalist:innen chormäßig die immer neuen Behauptungen der Politik über angebliche „Wunder“ der Wirtschaft (Wachstums-Wunder, Beschäftigungs-Wunder, Deutschland-Wunder etc.) besingt. Dabei hat es sich noch stets um nichts anderes als ordinären Kapitalismus gehandelt, dessen Anliegen ja gerade nicht Stetigkeit und Gleichgewicht sondern Konkurrenzkampf und Wirtschaftsübermacht, also Meisterschaften, Siegeserfolge und eben „Wunder“ sind.⁽³⁹⁾

Karte 4

Leistungsbilanzen in der Europäischen Union 2010

Surplus und Defizit



© Akademie und Institut für Sozialforschung e.V.
Karte: Dipl.-Geogr. Markus Steinmetz, M.Eng.
Datenquelle: Eurostat 2012.

**Surplus (+) oder Defizit (-)
je Erwerbstätigen**

In EUR

In der EU-27 2009

- 1000 und mehr
- -1000 bis unter 1000
- bis unter -1000

2.6.1. Kapitalrückfluss nach Südeuropa: Schon wieder ein Wunder?

Dass Ende 2012 in den sogenannten „Leitmedien“ größte Verwunderung über ein Aktien-„Rekordjahr“ trotz Euro-Krise in Deutschland, Europa und in den USA ausgebrochen ist⁽⁴⁰⁾ braucht also nicht zu überraschen. Als Erklärung für diesen Aktienboom wird ein sogenannter „Anlagennotstand“ herangezogen. Durch die Niedrigzinspolitik vor allem der EZB seien Staatsanleihen der Nicht-Schuldenländer zwar sicher, aber eben auch ertragsschwach geworden. Wegen der gleichzeitigen starken Nachfrage nach Staatsanleihen der Nicht-Schuldenländer seien andererseits die Preise für diese Anleihen so gestiegen, dass keine Rendite mehr bleibe.⁽⁴¹⁾ Daher blieben nur Aktien, d.h. die Realwirtschaft als profitable Anlagesphäre. Ab hier wird die Sache dann allerdings richtig spannend: Insbesondere auf Aktien von Unternehmen in Schuldenländern wie Griechenland, Italien, Portugal und Spanien konzentriert sich seit Sommer 2012 eine Kaufwelle „mutiger“ Investoren. Dementsprechend sind die Aktienindices des Südens der EU um viele Punkte gestiegen.⁽⁴²⁾

Dabei hat die Rückkehr des aus den Schuldenländern geflohenen Kapitals in diese natürlich einen einfachen Grund: Die von der deutschen Bundesregierung und ihren Satellitenregierungen in der EU-Peripherie gegen die dortigen Bevölkerungen durchgesetzte Verarmungspolitik mit Entlassungen, Lohnsenkungen, Renten- und Sozialleistungskürzungen, Steuererhöhungen, Privatisierungen etc. haben große Teile der Bevölkerungen in der EU-Peripherie aus dem Wirtschaftsprozess ausgegrenzt und auf ein Existenzminimum reduziert.⁽⁴³⁾ Damit ist die vor allem von der deutschen Politik geforderte faktische Lohnzurückhaltung bzw. Lohnquotensenkung und damit eine verbesserte Gewinnlage der Unternehmen in der EU-Peripherie erreicht. Schon für das Jahr 2011 hatte die EU-Kommission dann bereits für 18 der 27 Mitgliedsländer der EU Reallohnverluste prognostiziert.⁽⁴⁴⁾ So lässt sich dort durchaus Extraprofit produzieren und Investment platzieren. Folgerichtig entdeckt die EU-Kommission Europa wieder als „Produktionsstandort“⁽⁴⁵⁾ und spricht von „Re-Industrialisierung“.⁽⁴⁶⁾

2.6.2. Niedriglohnzone Südeuropa und „Innerer Süden“ in Deutschland: Hier locken die Extraprofite

Dabei hatte das Wunder-Halleluja zwei Strophen: In den Jahren 2010 und 2011 war es das deutsche Sonderwachstum aus Exportboom nach China und in die Schwellenländer bei gleichzeitigem Ausfall der Konkurrenz im EU-Süden, durch das Deutschland Europa angeblich,

d.h. statistisch „aus der Krise zog“⁽⁴⁷⁾ – während tatsächlich seine Exportkonzerne enorm profitierten. Dieser Boom wurde als „Beschäftigungsboom“ mit „Vollbeschäftigung in Reichweite“ besungen – bei Hocharbeitslosigkeit im EU-Süden. Für die deutschen Großunternehmen wurde damals konstatiert, dass es ihnen nach der Krise noch besser als davor schon gehe⁽⁴⁸⁾ – während die Gesamtwirtschaft den Einbruch von 2008 und 2009 noch immer nicht wieder ausgeglichen habe.⁽⁴⁹⁾

Diese erste Halleluja-Strophe zur deutschen Sonderkonjunktur wurde im Laufe des Jahres 2012 dann immer leiser gesungen. Professor Sinn: „Der Aufschwung ist zu Ende“.⁽⁵⁰⁾ Aber es hatte sich für die deutschen Exportkonzerne gelohnt: Die Exportüberschüsse waren enorm.⁽⁵¹⁾ Und da schwoll auch schon das neue Halleluja des Aktienbooms aus den Wirtschaftsredaktionen. Die neoliberale Offensive der deutschen Politik hat den Süden für das Auslandskapital aufgeschlossen und nun wird dort kräftig angelegt. In Nachrichtendiensten wird aufgeführt, was nicht nur die südeuropäischen EU-Länder mittlerweile alles privatisieren, d.h. verkaufen: Wasserwerke, Energieversorger, U-Bahnen, Autobahnen, Flughäfen, Hafenanlagen, Fluggesellschaften, Banken, Botschaftsgebäude, Schlösser, Baudenkmäler sowie Armee-, Luftwaffen- und Marineausrüstungen.⁽⁵²⁾ Die Auseinandersetzungen um die Schwächung der öffentlichen Wasserversorgung durch eine neue EU-Richtlinie zeigt, wie weit auch unter Nutzung der Euro-Krise das neoliberale Projekt „Europa“ wieder vorangebracht worden ist.⁽⁵³⁾ Dabei erscheinen die südeuropäischen Satellitenregierungen als die Antreiber der Neoliberalisierung: Um die Konkurrenz mit dem Norden besser bestehen zu können, fordern sie besonders aggressiv eine Liberalisierung der Energie-, Wasser- und sonstigen Versorgungswirtschaft sowie des Transport- und Mobilitätsbereiches.⁽⁵⁴⁾ Die Diskussion von 2005 und später über „Heuschrecken“ und „Vagabundierendes Kapital“⁽⁵⁵⁾ geht in eine neue Runde.

Natürlich war es Professor Sinn, der beim Ausklingen der ersten Wirtschafts- und Wunder-Hallelujastrophe noch kurz ein „Wunder auf dem Arbeitsmarkt“-Solo hinterherschickte.⁽⁵⁶⁾ Dabei hat er allerdings nicht mitbesungen, wem dieses Wunder geschah: Den Aufkäufern von Arbeitszeit, die sich aus einem wachsenden Reservoir von Niedriglohn-, Prekär- und Zweitjobarbeit, sozusagen einem „Inneren Süden“ des deutschen Arbeitsmarktes bedienen können⁽⁵⁷⁾ - was die Arbeitsleute mittlerweile recht gut wissen und verstehen.⁽⁵⁸⁾

So ergibt sich ein Bild, bei dem zwar die EU insgesamt und insbesondere die Euro-Zone kaum Wachstum zeigt, dafür aber die

jeweiligen Regierungen bemüht sind, durch Niedriglohnpolitik und Privatisierungspolitik gleichwohl Extraprofitchancen für das internationale, europäische und nationale Anlagekapital im „Wettbewerb“ mit den anderen EU- und Eurovolkswirtschaften zu bieten.

Dazu passend ist jetzt eine fast schon vergessene Thematik wieder auf die Agenda geraten: Die amerikanisch-europäische Freihandelszone als Gegenwicht gegen eine mögliche Wirtschaftsoption Deutschland-China. Und wie üblich lockt diese Zone auch mit den bekannten Möglichkeiten von Wirtschaftsraumerweiterung und Transaktionskostensenkung z.B. bei den Zöllen und vor allem bei den Standards.⁽⁵⁹⁾ Dahinter ist unverkennbar das Anliegen der US-Politik zu erkennen, Barrieren für den dringend nötigen Export ihrer höchst fragwürdigen Agrar- und Food-Erzeugnisse in den enormen EU-Markt zu beseitigen.⁽⁶⁰⁾ Gleichzeitig konnte die deutsche Exportwirtschaft mit ihren europäischen Zulieferern dank einer solchen Freihandelszone noch offensiver auf dem US-Markt operieren. Jedenfalls wird so die nächste Krise schon mit der Benennung der neuen Profitquellen vorbereitet.

3. Sozialpolitik als Instrument der EU-Osterschließung – und umgekehrt

Nach der von Europäischer Union mittels Nato unterstützten politisch-militärischen (Selbst-)Zerschlagung Jugoslawiens in den Balkanbürgerkriegen der 1990er Jahre legalisierte die Europäische Union diesen Erfolg ihrer Friedenskriegsführung durch die offizielle Übernahme der neuen Zwergstaaten Slowenien im Jahre 2004 und Kroatien im Jahre 2013 in die EU. Mazedonien, Montenegro und Serbien stehen derzeit noch auf der Übernahme-Kandidatenliste. Schon 2007 waren Bulgarien und Rumänien in die EU eingegliedert worden.

Anders als in Südosteuropa, wo mittels Friedenskriegsführung der Nato die Gebietserweiterung der EU vorbereitet wurde, stand in Mittel- und Osteuropa die Sozialsicherung als Mittel der Wahl zur Eingliederung weiterer Wirtschaftsgebiete und Arbeitsbevölkerungen im Fordergrund. Die Übernahme Estlands, Lettlands, Litauens, Polens, der Slowakei, Tschechiens und Ungarns im Jahre 2004 war vor allem durch eine sozialpolitische Absicherung der Privatisierung dieser Volkswirtschaften und Individualisierung dieser Arbeitsgesellschaften, zur Absicherung der sogenannten „Transformation“ flankiert worden. Konkret wurden hierzu von der Bundesrepublik Deutschland einhundert „Beratungsprojekte“ zum Aufbau und Umbau der Sozial(ver-)sicherungssysteme in diesen Staaten finanziert.⁽¹⁾ Das Ziel dieser Beratung war die Umwandlung der

bisherigen Sozialordnungen in diesen Staaten in kapitalistische Marktwirtschaften unter Vermeidung schwerer Sozialkonflikte hierbei.⁽²⁾

Dabei betrifft die Umwandlung der Sozialordnungen neben der Überführung des gesellschaftlichen Produktions- und Infrastrukturvermögens in privates Eigentum und unter die Logik der Profitmaximierung vor allem auch die Herausbildung eines „*Humankapital*“, d.h. eines gesamtgesellschaftlichen Arbeitskraft-„*Angebotes*“. Gerade hierfür ist der Aufbau relativ autonomer Institutionen der Sozialsicherung erforderlich.⁽³⁾ Hierdurch sollen einerseits die Unternehmen von ihren bisherigen Sozialaufgaben „*entlastet*“ werden⁽⁴⁾, vor allem aber soll dadurch die Leistungsfähigkeit, Leistungsbereitschaft, Gesunderhaltung und Beschäftigung des „*Produktionsfaktors Arbeit*“ und vor allem auch dessen Arbeitsbereitschaft verbessert werden.⁽⁵⁾ Differenziert organisierte und mit separaten Beitragsabgaben auf die Arbeitslöhne finanzierte Sozialsicherungsinstitutionen für die verschiedenen Risiken wie Arbeitslosigkeit, Krankheit und Alter sollen dem Faktor Arbeit „*in spürbarer Weise*“ (Winfried Schmähl) verdeutlichen, dass Sozialleistungen weder „*umsonst*“ noch „*kostenfrei*“ zur Verfügung gestellt werden.⁽⁶⁾ Gelten solle eine „*Äquivalenzbeziehung*“ von Beiträgen und Leistungen sowie die Sozialversicherung als „*Eigenvorsorge*“.⁽⁷⁾ Die entscheidende Wirkung der Sozialpolitik gegenüber den mittel- und osteuropäischen Ländern liegt also neben der Vermeidung von schweren Konflikten im Zuge der Privatisierung des gesellschaftlichen Produktions- und Infrastrukturvermögens vor allem in der Individualisierung der Arbeitenden zu Anbietern von Arbeitskraft, zu Teilnehmern am Handel mit Arbeitszeit.

Dass dabei den Arbeitsbevölkerungen in den mittel- und osteuropäischen Volkswirtschaften bzw. Gesellschaften sehr viel mehr an „*Eigenverantwortung*“ über die Zahlung von Sozialversicherungsbeiträgen hinaus überlassen wird als in den kerneuropäischen Volkswirtschaften zeigen die sehr viel geringeren Quoten an „*Sozialleistungen*“ an der volkswirtschaftlichen Wertschöpfung in den eingegliederten mittel- und osteuropäischen Ländern. Dort bleiben deutlich höhere Anteile der Wertschöpfung außerhalb des Zwangssparens bzw. der Umverteilung. Diese Anteile der Wertschöpfung gehen aber auch nicht in Form höherer Erwerbseinkommen an die Arbeitsbevölkerungen sondern verbleiben als überdurchschnittlich hohe Gewinne bei den Unternehmen. Dies deshalb, weil nicht nur die Quoten der „*Sozialleistungen*“, sondern auch die Quoten der „*Löhne*“ in den mittel- und osteuropäischen Volkswirtschaften deutlich unter denen der kerneuropäischen Volkswirtschaften liegen.

Diese Sicherung hoher Profitraten durch die besonders niedrigen Lohnquoten und die ebenso niedrigen Sozialquoten wird in den mittel- und osteuropäischen Staaten noch in besonderer Weise durch das in der planwirtschaftlichen Ära geschaffene hohe Qualifikationspotential und Qualifikationsniveau der dortigen Arbeitskräfte unterstützt.⁽⁸⁾

Die Rolle der Sozialpolitik, das zeigen Untersuchungen über die Gründe der besonders engen ökonomischen Austauschbeziehungen zwischen der deutschen Volkswirtschaft und den mittel- und osteuropäischen Volkswirtschaften, besteht darin, über eine „Verflüssigung“ der Ware Arbeitskraft in diesen Volkswirtschaften einerseits die Migration qualifizierter und zugleich lohngünstiger Beschäftigter nach Deutschland zu fördern und andererseits das Lohnkosten senkende Outsourcing von Fertigungsstufen deutscher Unternehmen in diese Volkswirtschaften zu erleichtern.⁽⁹⁾

Weit darüber hinaus und auf die kerneuropäischen Länder wie Deutschland und Frankreich mit angeblich „konservativen“, d.h. autonomen, stabilen und komplexen Sozialsicherungssystemen und regulierten Arbeitsmärkten abzielend spielt aber die Ost-Erweiterung der EU im Rahmen der europäischen „Employability-Strategie“ die Rolle eines „Trojanischen Pferdes“ (Schulz-Nieswandt / Sesselmeier) in der Sozialpolitik. Die Wanderungsströme nicht nur von Kapital und Billig(vor)produkten, sondern auch von Billig- und Willigarbeitskräften sollen dabei helfen, der Arbeitsmarktverfassungen in den europäischen Kernländern umzustoßen. In dem durch Migration letztlich mehr Armut produziert wird kann dann unter der Überschrift sozialer „Inklusion durch Erwerbsarbeit“ Lohnarbeit auch in den Kernländern drastisch verbilligt werden.⁽¹⁰⁾ Diese vorgebliche europäische Beschäftigungspolitik, die tatsächlich Arbeitsmarktpolitik war und ist, wurde insbesondere in den Jahren der gescheiterten Europaverfassung als wechselseitige schrittweise und länderwettbewerbliche Anpassung der Sozialpolitiken durch die „Offene Methode der Koordinierung“ (OMK) betrieben.⁽¹¹⁾

Der zentrale Begriff für die Herrichtung der mittel- und osteuropäischen Bevölkerungen im Erwerbsalter als Anbieter auf einem europaweiten Arbeitsmarkt ist die „Freizügigkeit der Arbeitnehmer“⁽¹²⁾ als Kern der Freiheit des Verkehrs von Kapital, Gütern, Diensten und Personen.⁽¹³⁾ Die Verflüssigung des Arbeitszeitangebotes im europäischen Binnen(arbeits-)markt soll dabei von Anfang an durch ein „koordinierendes Sozialrecht“⁽¹⁴⁾ bzw. eine „Koordinierung der Sozialversicherungssysteme“⁽¹⁵⁾ sozialpolitisch und sozialrechtlich flankiert werden.⁽¹⁶⁾ Ein wesentlicher Zweck dieser sozialen Flankierung

besteht darin, das Auftreten eines sehr viel billigeren Arbeitsangebotes auf dem europäischen Binnenmarkt zu moderieren.⁽¹⁷⁾

Dabei sollen nicht die Löhne in den mittel- und osteuropäischen Beitrittsländern, sondern die Neben-Löhne, d.h. im wesentlichen die Sozialbeiträge als Lenkungshebel dienen indem diese normativ und institutionell vor allem an das deutsche System der Sozialsicherung herangeführt und angeglichen werden.⁽¹⁸⁾

Allgemein gilt für die sogenannte Ost-Erweiterung der Europäischen Union, dass hierdurch der Markt für Arbeit in allen Formen und zu sehr unterschiedlichen Preisen territorial erweitert worden ist und mehr Möglichkeiten für Extraprofite vor allem aus Preisunterschieden geschaffen hat. Owoc macht darauf aufmerksam, dass Arbeitszeit nicht nur auf dem Weg über Immigration in die traditionellen Kernländer Europas aus den östlichen Randländern oder über Direktinvestitionen aus den traditionellen Kernländern Europas in die östlichen Randländer mit Extraprofiten jeweils für die Unternehmer bzw. Aufkäufer dieser Arbeitszeit mobilisiert wird. Auch Güter aus den östlichen Randländern, die in den EU-Kernraum „exportiert“ werden und Kreditkapital, das aus den EU-Kernländern in die östlichen Randländer „exportiert“ wird, sind natürlich das Resultat schon verwerteter Arbeitszeit.⁽¹⁹⁾ Owoc macht darauf aufmerksam, dass seit der Öffnung des Binnenmarktes einiger osteuropäischer Länder, vor allem Polens für Importe aus Kerneuropa Arbeitszeit vor allem in Form von importierten Investitionsgütern in den Osten übertragen worden ist, denen umgekehrt aber die Exporte aus dem Osten nach Kerneuropa nicht äquivalent sind.⁽²⁰⁾ Diese Asymmetrie wird dadurch verstärkt, dass Kerneuropa im Gegenzug den Arbeitsmarkt für Arbeitszeitanbieter aus Osteuropa nicht nur nicht oder nur verzögert öffnet und diese Arbeitszeitangebote durch sozialrechtliche Neben-Lohnvorgaben verteuert.⁽²¹⁾ Owoc macht darauf aufmerksam, dass in der Tat allein schon durch den Übergang vom Realsozialismus zum Kapitalismus in den Ländern Mittel- und Osteuropas die sogenannten „Sozialausgaben“ dramatisch angestiegen sind.⁽²²⁾

Druck auf die mittel- und osteuropäischen Anbieter von Arbeitszeit wird einerseits durch den direkten Widerstand in Kerneuropa gegen eine Öffnung des kerneuropäischen Arbeitsmarktes bspw. im Wege der bilateralen sogenannten „Übergangsfristen“⁽²³⁾ ausgeübt, andererseits durch die sozialpolitischen Vorgaben zur Anhebung der Nebenlöhne im Wege der „offenen Koordinierung“.⁽²⁴⁾ Gleichzeitig hat die Privatisierung der mittel- und osteuropäischen Volkswirtschaften zu einer drastischen Verringerung der Nachfrage nach Arbeitszeit, d.h. zu hoher Arbeitslosigkeit geführt.⁽²⁵⁾ Ein Ausweg aus diesem Dilemma liegt in der

massenhaften "Scheinselbständigkeit", mit der die für Selbständige früher ermöglichten Freizügigkeit und ohne die EU-Anforderungen für Sozialsicherung, d.h. Nebenlohnerhöhung Arbeitszeit billig angeboten werden konnte.⁽²⁶⁾

Bei diesem asymmetrischen Austausch von Arbeitszeit zwischen den europäischen Kernökonomien und den mittel- und osteuropäischen Randökonomien zeichnet sich immer deutlicher ab, dass es in beiden Räumen, gerade aber in Mittel- und Osteuropa demographisch bedingt zu einem Mangel an Arbeitskräften kommen wird.⁽²⁷⁾ Hier zeigt sich nun die eigentliche Erschließungsfunktion von Sozialsicherung im Zuge der Eingliederung Mittel- und Osteuropas in der Europäische Union: Mehrheitlich weisen die mittel- und osteuropäischen Ökonomien, mit Ausnahme der traditionell stark industrialisierten Tschechischen Republik hohe Anteile von Erwerbstätigen im Agrarsektor auf. Deren Mobilisierung und Portation in den Industrie- und Dienstleistungssektor ist die eigentliche klassenbildende Funktion der Sozialpolitik in den mittel- und osteuropäischen Staaten. Dabei wurde diese Verflüssigung des Arbeitszeitpotentials in den mittel- und osteuropäischen Staaten mittels solitärer und differenzierter Systeme der Sozialsicherung von Arbeit in zunehmendem Maße als Beitragsfonds aus Abgaben auf Arbeit, also als Fonds aus Nebenlöhnen konstruiert. Auf eine Verschiebung in der Sozialsicherung hin zum „Bismarck“-Modell verweisen Übersichtsstudien zur Entwicklung der Sozialsicherung in den mittel- und osteuropäischen Ländern.⁽²⁸⁾⁽²⁹⁾

Der spätere Anschluss der mittel- und osteuropäischen Staaten an die Europäische Union wurde zunächst, d.h. Ende der 1980er Jahre durch einen als „Transformation“ beschönigten Privatisierungsschock mit massivem Rückgang der Produktion und dramatischem Anstieg der Arbeitslosigkeit vorbereitet. Die später zwar statistisch wieder wachsende, real aber weiter hinter Kerneuropa zurückbleibende Produktion, zusätzlich negativ betroffen durch die weltweite Krise der Jahre 2000 und 2001, bewirkte in diesen Ländern eine steigende Unterbeschäftigung, insbesondere Jugend- und Langzeitarbeitslosigkeit.⁽³⁰⁾ Hohe und steigende Sozialausgaben in diesen Ländern waren die Folge.⁽³¹⁾

Insgesamt war die Funktion der Sozialpolitik und Sozialsicherung in den mittel- und osteuropäischen Ländern neben einer Mobilisierung zusätzlicher Arbeitsangebotsreserven aus dem Agrarsektor und einer Abfederung des Privatisierungsschocks vor allem ein Schutz der Arbeitsmärkte der europäischen Kernökonomien vor zu billigen Arbeitszeitangeboten einerseits und einer Abfederung der aus

Kerneuropa via Güterexport exportierten Arbeitslosigkeit. Der vorausseilende Export von Gütern und Leistungen aus Kerneuropa in die mittel- und osteuropäische Peripherie war auch mit einer steigenden Inflation durch die Preissetzungsübermacht der kerneuropäischen Exporteure verbunden. Hierdurch wurde der Realwert der als Folge der importinduzierten Arbeitslosigkeit gestiegenen Sozial(geld)leistungen gesenkt. Jedenfalls konnten die im Europavergleich niedrigen Staatsschuldenstände für die Inflation nicht die Ursache sein.⁽³²⁾

Das Politikmuster, nach dem diese Mehrfachausnutzung der mittel- und osteuropäischen Volkswirtschaften als Absatzmarkt, als Vorlieferant und als Arbeitskräftereservoir durch die Volkswirtschaften Kerneuropas nach dem Anschluss dieser Länder an die Europäische Union gemanagt wurde, war die Methode der „offenen Koordinierung“. Sie zeichnet sich, seit ihrer Verabschiedung in Lissabon im März 2000 dadurch aus, dass dabei in einer „variablen Geometrie“ von Beteiligten unterhalb der einheitlichen EU-Ebene Normen, Institutionen, Prozeduren etc. der Sozialpolitik in den Bereichen Armut, Beschäftigung, Gesundheit, Alter etc. zwischen den Nationen, Regionen etc. verglichen und abgeglichen werden. Die mittel- und osteuropäischen Staaten haben sich in dieses Spiel umfänglich eingebracht.⁽³³⁾ Während die ökonomischen Grundfreiheiten auf EU-Ebene „harte“ Vorgaben sind, bleiben die sozialen Zielvorstellungen zwischen den Nationen und Regionen Gegenstände „weicher“ Abstimmung und Anpassung⁽³⁴⁾ Damit sind sie klar als Hilfsmittel bei der Durchkapitalisierung der mittel- und osteuropäischen Volkswirtschaften definiert.

Exkurs: Sozialprogramme und Satellitenstaatenbildung

Eine erste Welle des Anschlusses von Randstaaten östlich und südöstlich der EU-Kernländer betraf 2004 Estland, Lettland, Litauen, Malta, Polen, Slowakei, Slowenien, Tschechien, Ungarn und Zypern. Diese Randstaaten waren mit Ausnahme Sloweniens ohne militärische Konflikte, allerdings nicht ohne die ökonomischen Folgen des Kalten Krieges teilweise erst wenige Jahre vorher so entstanden bzw. an die EU angeschlossen worden. Im Falle Sloweniens und des erst jüngst an die EU angeschlossenen Kroatiens waren diese „Staaten“ überhaupt erst im Zuge und als Folge eines jahrelangen Bürgerkrieges entstanden.

Bei dem erfolgten und bei den übrigen aus dem Balkanbürgerkrieg hervorgegangenen Zwergstaaten anstehenden Anschluss an die EU spielte die Sozialpolitik anders als bei den osteuropäischen Staaten dann auch nicht die vorbereitende und begleitende, vor allem das zusätzliche Arbeitszeitangebot moderierende bzw. ein solches Arbeitszeitangebot

als Handelsware erst generierende Rolle. Sozialprogramme in Gestalt der „Initiative for Social Cohesion (ISC)“ – Initiative für Soziale Kohäsion vor allem für die aus dem (selbst-)zerschlagenen Jugoslawien entstandenen Staaten waren im sogenannten „Stabilitätspakt für Südosteuropa“ zunächst überhaupt nicht vorgesehen. Dieser Pakt regelte vielmehr vorrangig die Reduzierung des Bestandes an kleinen und leichten Waffen in diesen Ländern, die Rückführung von Flüchtlingen und Vertriebenen, die Bekämpfung der organisierten Kriminalität, die grenzüberschreitende Zusammenarbeit bei Energie, Infrastruktur etc., den Ausbau der Infrastruktur sowie Handels- und Investitionsabkommen.⁽³⁵⁾ Im ursprünglichen Stabilitätspakt kam interessanterweise der Begriff des „Sozialen“ überhaupt nicht vor.⁽³⁶⁾ Erst auf Druck der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) und des Europäischen Gewerkschaftsbundes (EGB) wurden, auch gegen den Widerstand der USA, soziale Aspekte nachträglich in Gestalt der „Initiative for Social Cohesion (ISC)“ an den Pakt angefügt.⁽³⁷⁾

Die Zerfallsprodukte des ehemaligen Jugoslawiens, das vormals ein wichtiger Lieferant von Billigarbeitskräften und Billigprodukten war hatten offenbar nach der (Selbst-)Zerschlagung Jugoslawiens so wenig ökonomische Bedeutung mehr, dass an Stelle sozialpolitischer Erschließung polizeilich-militärische Beaufsichtigung für ausreichend erachtet wurde.

4. Deutsch-deutsche „Sozialunion“: Transferökonomie im Osten und Extraprofite im Westen

Mit „Sachzwängen“ wie einer angeblich ansonsten unabwendbaren und dann dennoch eingetretenen, für die Wirtschaft Westdeutschlands durchaus vorteilhaften Übersiedlungswelle⁽¹⁾ und den populistisch-demonstrativen Teilhabeforderungen in Ostdeutschland bezüglich der Wunderwährung Westdeutschlands wurde kurz nach der Herstellung der Freizügigkeit zwischen beiden deutschen Staaten im Herbst 1989 eine Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion zwischen Westdeutschland und Ostdeutschland begründet und beschlossen.

4.1. Krise der Industrieländer und der Weltwährung: Chance zur Veränderung des Kräfteverhältnisses zwischen West und Ost durch Anschluss der DDR an die BRD

Es waren natürlich viel gewichtigere Gründe als die angeführten „Sachzwänge“, die es nahelegten die sich mit der Systemkrise der DDR bietende Chance zum Anschluss dieses neben der Sowjetunion am weitesten entwickelten Industriestaates im RGW-Wirtschaftsblock⁽²⁾ und

im Warschauer Pakt und damit zur Eingliederung dieses Raumes und Potentials in den Dollar-Währungsblock und in die Nato zu nutzen. Nicht nur die staatssozialistische DDR-Wirtschaft war seit den 1970er Jahren mit den Folgen des weltweiten Wachstumsrückganges und der weltweiten Währungskrise der fordistisch-industriellen Länder konfrontiert. Gleiches galt auch für die privatkapitalistische BRD-Wirtschaft. Eine Erweiterung des westdeutschen Währungs- und Wirtschaftsraumes über die Grenzen der EG hinaus bot hier neue Wachstumsaussichten.⁽³⁾ Vor allem war trotz aller Entspannungspolitik die Grenze zwischen beiden deutschen Staaten eine Grenze des Kalten Krieges und zwischen zwei nach wie vor konträren Wirtschafts- und Gesellschaftssystemen. Hier bot die Systemkrise der DDR die einmalige Chance zu einer Revision der Kräfteverhältnisse in Europa. Diese Chance wurde unter Rückgriff auf deutschnationale Ideologeme dann auch entschlossen ergriffen und, beschönigt als „Institutionentransfer“ als regelrechte Okkupation⁽⁴⁾ des seiner Souveränität verlustig gegangenen ostdeutschen Staatsgebietes durch die westdeutschen Interessen, Strukturen und Institutionen, von den Bundestagsparteien, Wirtschaftsverbänden und Gewerkschaften über die Bundesländer, Großbanken und Großkonzerne bis hin zu den Sozialversicherungen und Gesundheitsanbietern umgesetzt.⁽⁵⁾ In der Wissenschaft wird in diesem Zusammenhang durchaus zutreffend von einer quasi „Kolonisierung“ gesprochen bei der sich das selbst in eine massive Legitimationskrise geratene politische System Westdeutschlands durch eine geografisch-ökonomische Expansion neue Legitimationschancen erschloss.⁽⁶⁾

Unvoreingenommene Untersuchungen zur wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Situation von BRD und DDR heben hervor, dass beide Systeme ein fordistisches Wirtschaftskonzept, also industrialisierte Massengüterproduktion kombiniert mit sozialstaatlich abgesichertem Massenkonsum praktizierten. Dabei folgten die Investitionsentscheidungen in der BRD dem Extra-Profitprinzip, in der DDR-Wirtschaft dem Plan-Prinzip. In der westdeutschen Wahrnehmung wird dabei ausgeblendet, dass die DDR zwischen 1950 und 1989 ein höheres Pro-Kopf-Wachstum, trotz sehr viel ungünstigerer Ausgangsbedingungen erreichte als die BRD. Beide Wirtschaftssysteme wie auch die übrigen europäischen Industrienationen gerieten in die Anfang der 1970er Jahre einsetzende Krise des Fordismus mit Weltwährungskrise und Erdölpreiskrise. Beide Wirtschaftssysteme, sowohl die BRD wie die DDR setzten zur Bewältigung der Krisenfolgen in den 1980er Jahren auf eine Steigerung der Exportüberschüsse und gerieten hierdurch nach der vormaligen ideologisch-politischen nun verstärkt in eine ökonomische Konkurrenzlage. Dabei gelang es der

DDR nicht, bedingt durch die Nachwirkungen der Kalte-Kriegs-Embargos, die Sozialismus-Kosten und seine bürokratisch-ideologische Erstarrung, diese weltweite Krise durch Innovationswachstum zu bewältigen – sie konnte sich im Weltmarkt nicht mehr behaupten. Demgegenüber zeigte sich die BRD, auch dank der heftigen gesellschaftlichen Konflikte der 1960er Jahre in der Lage, die Dauerkrise seit den 1970er Jahren mit Innovationswachstum, aber auch gleichzeitigem anhaltenden Sozialabbau zu bewältigen.⁽⁷⁾

Exkurs: Budgetkrise in der BRD und Systemkrise in der DDR

Zwei Jahre vor der Herstellung von Freizügigkeit zwischen den beiden deutschen Staaten im Herbst 1989 vollzog sich in Westdeutschland zunächst eine deutliche Verschlechterung der gesamtwirtschaftlichen und im Zusammenhang damit auch der staatshaushaltlichen Gegebenheiten, die sich bis Mitte 1988 zu einer regelrechten Staatshaushalts-, d.h. Budgetkrise auswachsen. Der Wertverlust des US-Dollar seit Herbst 1987 machte die Haushaltsplanungen des Bundes zu Makulatur, da die Dollarabwertung die hohen Dollar-Staatspapierbestände der Bundesbank mit abwerteten und der im Haushalt eingeplante Bundesbankgewinn damit weitgehend entfiel. Gleichzeitig belasteten die Folgekosten der Süderweiterung der Europäischen Gemeinschaft den Bundeshaushalt zusätzlich erheblich. Das Eintreten geburtenstarker Jahrgänge in den Arbeitsmarkt steigerte zu dem die Arbeitslosigkeit und deren Kosten im Bundeshaushalt. Zuletzt wurde vom Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (SVR) nur ein sehr geringes Wirtschaftswachstum diagnostiziert bzw. prognostiziert.⁽⁸⁾ Zur Bewältigung dieser währungs- und europapolitischen, arbeitsmarktdemographischen und gesamtwirtschaftlichen Lageverschlechterung, die auch noch in eine wachsende ökologische und mentale Delegitimierung konservativ-liberaler Politik eingebettet war, wurde eine enorme zusätzliche Neuverschuldung des Bundeshaushaltes für notwendig erachtet.⁽⁹⁾ Gleichzeitig sollte das Wirtschaftswachstum durch das schon seit 1987 diskutierte große Steuersenkungspaket bei Einkommensteuern, Vermögenssteuern und Unternehmenssteuern forciert werden.⁽¹⁰⁾

Um gleichzeitig den Machterhalt für die damalige christdemokratisch-freidemokratische Koalition im Bund zu gewährleisten wurde in und um das Steuersenkungspaket eine breit angelegte Klientelpolitik betrieben. Die für 1990 geplante Steuerreform zeigte eine Vielzahl von Steuersenkungen, die sich auch zugunsten von besser verdienenden Arbeitnehmern auswirkten, andererseits traf der Katalog der zur

Gegenfinanzierung vorgesehenen Erhöhungen von Verbrauchssteuern und Sozialbeiträgen die niedrigeren Einkommensgruppen stärker.⁽¹¹⁾ Zur Gegenfinanzierung der Steuerreform erfolgte u.a. ein drastischer Abbau sogenannter „Subventionen“, vor allem arbeitnehmerbezogener Steuervergünstigungen wie bspw. für Nacht-, Feiertags- und Sonntagsarbeit. Gleichzeitig wurde eine Quellensteuer auf Kapitalerträge eingeführt. Diese betraf vor allem auch die Kapitalanlagen der Gesetzlichen Kranken- und Rentenversicherung, d.h. der Lohnfonds der Arbeitnehmer, der Wohlfahrtsverbände und der Kommunen, d.h. der Hauptträger der sozialen Daseinsvorsorge sowie der Rundfunkanstalten und der Kirchen.⁽¹²⁾

In den politischen Auseinandersetzungen um das Steuerreformpaket zwischen Bund und Ländern bzw. zwischen den Bundestagsparteien und den Bundesratsministerpräsidenten sowie zwischen der Bundesregierung und den Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbänden wurden die neueren Konturen der Machtverhältnisse in der BRD deutlich. So setzten die Ministerpräsidenten der Auto- und damit auch Exportländer Baden-Württemberg und Niedersachsen eine teilweise Beibehaltung des Jahreswagenprivilegs der Beschäftigten der großen Automobilkonzerne durch. Gleichzeitig warf Niedersachsen mit der Frage des „Nord-Süd-Gefälles“ in der Sozialhilfebelastung grundlegende Fragen von Raumordnung und Sozialsicherung in der Bundesrepublik Deutschland auf – hierfür wurde ein Strukturfonds aufgelegt. Die Quellensteuer wurde wieder abgeschafft.⁽¹³⁾ Alles in allem bildeten sich zwar die Krisen- und Defizitelemente des BRD-Systems in den Bundeshaushaltsauseinandersetzungen ab – für die Bevölkerung blieben sie aber weitestgehend intransparent.

Im Laufe des Jahres 1988 wurde die Haushaltskrise durch einen deutlichen Anstieg des Wirtschaftswachstums und eine Stärkung des Dollar-Kurses entschärft. Dank steigender Steuereinnahmen konnte die Neuverschuldung zurückgefahren werden⁽¹⁴⁾ und der erneute Aufschwung mit steigender Zahl der geleisteten Arbeitsstunden und steigenden Beschäftigtenzahlen führt u.a. zu Überschüssen in der Sozialversicherung und einer Verminderung des Staatsdefizits.⁽¹⁵⁾ In diese Zeit fielen rasch wachsende wirtschaftliche und innenpolitische Schwierigkeiten der DDR, die der wirtschaftlich und innenpolitisch in eine Position der Stärke gelangten BRD die Chance zu einer Revision der staatlich-politischen und wirtschaftlich-gesellschaftlichen Verhältnisse, vor allem aber der Eigentumsverhältnisse auf deutschem Boden boten.

4.2. De-Industrialisierung und De-Qualifizierung der ostdeutschen Wirtschaft: Voraussetzung für Extraprofite der westdeutschen Wirtschaft

Rückblickende Untersuchungen über den Verlauf der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion während der zurückliegenden zwanzig Jahre zeigen ein eindeutiges Ergebnis: Die neue Privatwirtschaft in Ostdeutschland ist als Exportkonkurrent sowohl im deutschen Inlandhandel wie auch im europäischen und internationalen Außenhandel deutlich abgeschlagen und sie ist auch kein Innovationskonkurrent – ihre F & E-Intensität ist deutlich niedriger.⁽¹⁶⁾ Sie hat zudem durch die stetige Abwanderung qualifizierter Arbeitskräfte die wesentliche Produktionsgrundlage, ihr Humankapital an die Wirtschaft in Westdeutschland verloren. Ein anderer Teil des Humankapitals Ostdeutschlands wurde durch höchst zweifelhafte „Evaluierungsmaßnahmen“ delegitimiert.⁽¹⁷⁾ Insbesondere wurde der trotz allem beachtliche Bestand an F&E-Strukturen in der vormaligen DDR-Wirtschaft schlichtweg liquidiert.^(17a) In der Wissenschaft ist die Rede davon, dass von Ausnahmen abgesehen, die Wirtschaft in Ostdeutschland zu einer (bau-)subventions- und sozialtransferabhängigen „nahezu vollkommen lokalisierten Ökonomie verkommen“ sei.⁽¹⁸⁾ Gleichzeitig wurde Ostdeutschland in eine zusätzliche und erstklassige Profitquelle für die Unternehmen in Westdeutschland gemacht. Damit ist nicht nur die zusätzlich zum Westwachstum hinzugekommene Ostnachfrage sowie das zusätzliche ausbildungskostenlose Qualifikationspotential der Abwanderer gemeint. Gemeint sind auch die Zinsgewinne der westdeutschen Banken aus der Verschuldung der ehemaligen Staatsbetriebe in Ostdeutschland und die vor allem an Empfänger im Westen gehenden Entschädigungen für frühere Enteignungen.⁽¹⁹⁾

Zwei Jahrzehnte nach dem Anschluss der DDR an die BRD hat sich der auch anfänglich eher überschaubare private Kapitalzufluss nach Ostdeutschland mittlerweile in seiner Richtung geändert: Auch die in Ostdeutschland selbst erwirtschafteten Gewinne der dortigen Privatwirtschaft fließen überwiegend in Real- und Finanzanlagen in Westdeutschland oder ins Ausland.⁽²⁰⁾

Die asymmetrische Dauerbegünstigung der Wirtschaft in Westdeutschland durch das anhaltende Zurückbleiben der Wirtschaft in Ostdeutschland in Form ostdeutscher Dauernachfrage nach westdeutschen Gütern und Diensten ist dem Umstand geschuldet dass wegen der im Osten typisch hohen Arbeitslosigkeit und abwanderungsbedingten Überalterung der Sozialtransferbedarf auf

hohem Niveau bleibt und einen wesentlichen Teil der Inlandsnachfrage Ostdeutschlands stellt.⁽²¹⁾ Oberflächlich betrachtet erscheint das Wachstum der Wirtschaft Westdeutschlands und das Zurückbleiben Ostdeutschlands, verbunden durch die Sozialtransfers als Nachfragebasis wie ein keynesianisches Konjunkturprogramm⁽²²⁾ Allerdings bewirkt dieses Konjunkturprogramm, weil es nicht aus einer Besteuerung der generierten Unternehmensgewinne, Hocheinkommen und Vermögen, sondern aus Sozialbeiträgen, d.h. Lohnbestandteilen⁽²³⁾ finanziert wird, keine zusätzliche effektive Nachfrage in Gesamtdeutschland. Vor allem aber bewirkt es eine laufende Umverteilung von den Lohneinkommen zu den Unternehmens- und Vermögenseinkommen⁽²⁴⁾ sowie eine nachhaltige Zerstörung der Sozialsicherung der Lohnarbeit und eine beschleunigte Auflösung des Normalarbeitsverhältnisses – wie noch gezeigt wird.

Bei der schon kurz nach der Herstellung der Freizügigkeit zwischen beiden deutschen Staaten beschlossenen und verwirklichten „Währungsunion“ ging es genau nicht darum, durch eine gemeinsame Währung einen schon harmonisierten „optimalen Währungsraum“⁽²⁵⁾ nun auch durch eine gemeinsame Währung zu vollenden, sondern es ging darum, die Komponenten eines Teilgebietes durch einen „monetären Urknall“⁽²⁶⁾, durch eine weitreichende geldmaßstäbliche Umbewertung ökonomisch zu liquidieren. Die „Währungsunion“ war eine Vereinheitlichungswährung für einen Wirtschaftsraum, in dem nicht nur ausgeprägte Disparitäten innerhalb eines bestimmten politisch-ökonomischen Systems, sondern zwei konträre politisch-ökonomische Systeme selbst zusammengefasst waren und in dem durch die „Transformation“ der einen Systemkomponente im Wege der Privatisierung und Liquidierung der vormaligen Gemeinwirtschaft Strukturen und Prozesse initiiert wurden, die bis dahin unbekannt waren – die Rückabwicklung einer staatssozialistischen Ökonomie in eine privatkapitalistische Ökonomie minderen Status.

Diese „Währungsunion“ löschte aber viel mehr noch als die bloße Enteignungspraxis der Treuhandanstalt gegenüber den vormaligen gemeinwirtschaftlichen Unternehmen die industrielle Basis Ostdeutschlands aus. Sie verflüssigte diese in ihre Bestandteile wie Anlagevermögen, Patentbestände, Innovations- und Qualifikationspotentiale etc.⁽²⁷⁾ Durch die „monetäre Schocktherapie“⁽²⁸⁾ mit einer 1:1 Umstellung von Löhnen und (Alters-)Löhnen, d.h. Renten sowie ähnlich Sparguthaben sowie eine 2:1 Umstellung von Geldvermögen und Kreditschulden wurden die Unternehmen wegen der damit verbundenen Preissprünge von ihren Abnehmermärkten abgeschnitten und wegen der damit verbundenen Überschuldung auch

von den Kapitalmärkten abgeschnitten. Zugleich waren sie damit auch einer enormen Lohnkostensteigerung ausgesetzt, d.h. letztlich auch von den Arbeitsmärkten abgeschnitten. Umgekehrt wurden durch die Änderung der Währungsrelationen die innerdeutschen und außerdeutschen Importe in das ostdeutsche Wirtschaftsgebiet enorm verbilligt, d.h. der Konkurrenzdruck vor allem aus dem westdeutschen Wirtschaftsgebiet erhöht.⁽²⁹⁾ Dies alles zeigte sich in einem dramatischen Einbruch der Wertschöpfung vor allem im produzierenden Gewerbe und später einer Schließung eines Großteils der ostdeutschen Produktionsstätten.⁽³⁰⁾ Die Übernahme der durch die „Währungsunion“ aufgewerteten Unternehmensschulden durch die Treuhandanstalt bedeutete angesichts der dürftigen Veräußerungserlöse nichts anderes als eine zusätzliche Finanzierung der westdeutschen Banken aus dem Steuerhaushalt. Die kurz vor dem Anschluss der DDR überwundene Budgetkrise und das durch den Anschluss der DDR noch zusätzlich forcierte erneute Wirtschaftswachstum kehrte sich wieder um in einen massiven Verschuldungsanstieg innerhalb des Bundeshaushalts, kehrte sich um in eine ausgeprägte „Anpassungskrise“.⁽³¹⁾

4.3. „Solidarpakt“: Finanzierung der Extraprofite für die westdeutsche Wirtschaft aus den Arbeitslöhnen und den Sozialeinkommen

Rückblickend betrachtet wird auch deutlich, was die nachträglich und zusätzlich zur Währungs- und Wirtschaftsunion von einer „Koalition der Sozialpolitiker“⁽³²⁾ durchgesetzte „Sozialunion“ zwischen Westdeutschland und Ostdeutschland im Grunde war und ist: Eine mehrfache Senkung des Wertes der Handelsware Arbeitszeit mit dem Mittel eines Missbrauches der Neben-Löhne, d.h. der Sozialbeiträge für die Finanzierung der millionenfachen Ausgrenzung aus dem ostdeutschen Arbeitsmarkt und für die Finanzierung der ostdeutschen Alters-Löhne, d.h. der Renten einerseits sowie der Installierung sogenannter „Verschiebebahnhöfe“ zwischen der Arbeitslosen- und der Rentenversicherung zur Verschleierung dieses Missbrauchs und zuletzt dann der Senkung der Sozialleistungen vor allem an die westdeutschen Arbeitnehmer zur Re-Finanzierung dieser „Sozialunion“ andererseits. Das langfristige Ergebnis dieser Senkung des Wertes der Handelsware Arbeitszeit war eine Entkoppelung von Wachstum und Beschäftigung, von Lohnpreis und Produktivität als neue Voraussetzung für Extraprofite der westdeutschen Wirtschaft.⁽³³⁾

Zunächst war von einer parteiübergreifenden Gruppe einflussreicher Sozialpolitiker im deutschen Bundestag, von Mitgliedern der BRD-Regierung und der DDR-Regierung sowie von Sozialdemokratie und

Gewerkschaften, die damit auch die Vorherrschaft der Finanzpolitiker schwächen wollten eine „Sozialunion“ ins Auge gefasst worden.⁽³⁴⁾ Flankiert wurde diese Koalition von einem stillschweigenden Bündnis aus westdeutschen Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden, die eine ostdeutsche Niedriglohnkonkurrenz verhindern wollten.⁽³⁵⁾ Dafür war zunächst im ostdeutschen Anschlussgebiet eine Hochlohnpolitik in Gang gesetzt worden, die in den später reprivatisierten realsozialistischen Ökonomien völlig unvorstellbar war – die aber auch zu einer ebenso unglaublichen millionenfachen Massenausgrenzung aus dem ostdeutschen Arbeitsmarkt führte.⁽³⁶⁾ Die Komponenten dieser Hochlohnpolitik waren die 1:1 Bewertung der Löhne, eine Tarifpolitik mit dem Ziel von Ostlöhnen auf Westniveau sowie eine Förderpolitik, die durch einseitige Ausrichtung auf Kapitalinvestitionen Arbeit gegenüber Kapital noch einmal verteuerte.⁽³⁶⁾

Weiterhin wurde die Lücke zwischen den Hochlöhnern und den Ausgegrenzten im ostdeutschen Anschlussgebiet durch entsprechende Sozialtransfers geschlossen. Dies erfolgte im Wege einer Übertragung des Sozialsicherungssystems Westdeutschlands nach Ostdeutschland.⁽³⁷⁾ Der Transfer der verschiedenen Institutionen des beitragsfinanzierten sogenannten „gegliederten“ Systems der Sozialversicherung aus dem Westen in den Osten traf auf große Bereitschaft bei diesen Institutionen, die eine Chance sahen, im ostdeutschen Anschlussgebiet ihren in der westdeutschen Arena teilweise blockierten Konkurrenzkampf erfolgreich entscheiden zu können.⁽³⁸⁾

Die Verringerung von Steuerlasten für Großvermögen, Unternehmen und Hocheinkommen als Konstante in der Politik der christlich-liberalen Politik⁽³⁹⁾ bewirkte, dass die überwiegende Finanzierung der Transferkosten des DDR-Anschlusses aus den Löhnen, speziell den Neben-Löhnen der westdeutschen Arbeitnehmer nach dem Aufbrauch der Rücklagen der Rentenversicherung zu Beitragssteigerungen in der Sozialversicherung führen musste.⁽⁴⁰⁾ Um dies hinauszuzögern wurden „Verschiebebahnhöfe“ zwischen den verschiedenen Sozialversicherungen eingeführt: Steigende Beiträge in der Arbeitslosenversicherung wurden durch Beitragssenkungen in der Rentenversicherung zumindest zeitweilig kompensiert.⁽⁴¹⁾ Es kam aber sehr bald der Zeitpunkt, zu dem die Vermeidung von Steuerbelastungen der Wirtschaft durch Beitragssteigerungen, d.h. Neben-Lohnsteigerungen letztlich auch der Wirtschaft keinen Ausweg mehr boten. Die Sozialbeiträge waren mittlerweile von 26,5 Prozent im Jahre 1970 auf 35,6 Prozent im Jahre 1990 angestiegen.⁽⁴²⁾ Hinzu kamen massive Lohnforderungen und Streiks der Gewerkschaften⁽⁴³⁾ und die

nächste Rezession erhöhte weiter die Anforderungen an die Arbeitslosenversicherung über die Finanzierung der ostdeutschen Ausgegrenzten nun auch durch die westdeutschen Arbeitslosen hinaus.⁽⁴⁴⁾ Die Reserven der Rentenversicherung waren aufgezehrt und ihre Defizite erlaubten keine weiteren Verschiebepbahnhöfe mehr.⁽⁴⁵⁾ Was folgte war ein nun zusätzlich zur Beanspruchung der Neben-Löhne als verdeckte Zusatzsteuer auf Lohnarbeit hinzukommender massiver Leistungsabbau in der Arbeitslosen- und Krankenversicherung durch eine entsprechende Spar- und „Reform“-Politik.⁽⁴⁶⁾ Die folgte sich über mehrere Jahre erstreckende Enteignung der Neben-Löhne, d.h. der mit Beiträgen schon bezahlten Sozialansprüche wurde unter dem Täuschungsbegriff „Solidarpakt“ gehandelt⁽⁴⁷⁾ und durch eine Reallohnsenkung mittels Erhöhung von Verbrauchssteuern und der Mehrwertsteuer⁽⁴⁸⁾ abgerundet. Nicht genug folgte die Bundesregierung auch noch den Forderungen nach einer hohen Kostenbeteiligung am Golfkrieg der US-Amerikaner.⁽⁴⁹⁾ Eine Legitimationskrise des BRD-Systems unter den Schlagworten „Steuerlüge“ und „Soziale Schieflage“ kündigte sich an.⁽⁵⁰⁾

Besondere Brisanz vor allem auch für die europäischen Nachbarvolkswirtschaften erhielt der nach dem Boom des DDR-Anschlusses folgerichtige Wirtschaftseinbruch⁽⁵¹⁾ durch die nun gegen die Wiedervereinigungs-Inflation infolge bspw. der Hochlohnpolitik und der gleichzeitigen Beitrags- und Verbrauchs- bzw. Mehrwertsteuererhöhungen von der Bundesbank gefahrene beinharte Hochzinspolitik.⁽⁵²⁾ Diese Vollbremsung bescherte der nun erweiterten deutschen Volkswirtschaft, auch durch die damit aufwertungsbedingt steigenden Außenhandelspreise die dritte schwere Wirtschaftskrise nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges.⁽⁵³⁾ Dabei blieb es aber nicht: Wie später in der Euro-Krise schlug auch die rücksichtslose deutsche Hochzins- und damit Währungspolitik auf die keineswegs in einer Boomphase befindlichen Nachbarvolkswirtschaften durch, die durch das Europäische Währungssystem gezwungen waren ebenfalls aufzuwerten oder aus diesem auszuschneiden. Die Fernwirkung war eine die anfängliche auch Nachfragebelebung bei den europäischen Nachbarländern aufzehrende europäische Wirtschaftskrise.⁽⁵⁴⁾

4.4. „Sozialunion“ : Niedriglohnaufrüstung des neuen Deutschland durch Entkoppelung von Produktivität und Lohnniveau

Bei Betrachtungen der deutschen Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion darf niemals übersehen werden, dass durch die Ausdehnung der BRD auf das Gebiet der DDR auch eine Ausdehnung

der privatkapitalistischen Europäischen Gemeinschaft auf das Gebiet des staatssozialistischen Wirtschaftsblocks erfolgt ist und das gleichzeitig eine neue dominierende und konkurrierende Volkswirtschaft in Europa entstanden ist, deren politisch-ökonomische Zielsetzungen, wie sich später in der EU- und Eurokrise zeigte die europäischen Ökonomien und Sozietäten auf ihre Linie zwang. Die „nachhaltigste“ Wirkung entfaltete dabei, als Hauptkonkurrenzmittel in der späteren europäischen Währungs- und Wirtschaftsgemeinschaft bzw. europäischen Gemeinschaft, die jeweilige nationale Lohnpolitik, im Falle Deutschlands die zunehmend aggressive Niedriglohnpolitik, die zu einer der Hauptursachen der zwei Jahrzehnte nach der Vergrößerung Deutschlands einsetzenden Krise in der Euro-Zone und in der EU wurde.

Hier muss nun zunächst daran erinnert werden, dass die Rahmenbedingungen und die Wirkungsergebnisse des kapitalistischen „Arbeitsmarktes“, also des Handels mit Arbeitszeit alles andere als das von der Neoklassik und den Neoliberalen behauptete Resultat von Angebot und Nachfrage ist. Lohnarbeit ist und muss wie jede andere Ware um überhaupt verfügbar und dann handelbar zu sein gemäß einer Vielzahl von politisch-staatlichen, ökonomischen und sozialen, rechtlichen und vertraglichen Vorgaben produziert, definiert und reguliert sein. Lohnarbeit ist vor allem auch durch das Kräfteverhältnis von Anbieter(inn)en einerseits und Aufkäufern von Lohnarbeit in Betrieben und Unternehmen andererseits, aber auch zwischen Gewerkschaften, Unternehmerverbänden und Staat bestimmt und sie ist nicht nur inländischen sondern ebenso ausländischen europäischen oder ausländischen internationalen Konkurrenzangeboten ausgesetzt.⁽⁵⁵⁾

In dem bis vor zwei Jahrzehnten noch vorherrschenden „Normalarbeitsverhältnis“ (Ulrich Mückenberger) mit seiner Orientierung an lebenslanger, auskömmlicher und sozialgesicherter Vollzeittätigkeit waren die politischen, rechtlichen und sozialen Auseinandersetzungen der deutschen Wirtschafts- und Sozialgeschichte seit dem Ende des I. Weltkrieges eingeschrieben.⁽⁵⁶⁾ Im sogenannten „Fordismus“⁽⁵⁷⁾ mit industrieller Massenproduktion auf der Basis von sozialgesicherter Massenkaukraft verhielt es sich im Weltmaßstab der privatkapitalistischen bzw. staatssozialistischen Wohlfahrtsstaaten ähnlich.

Wesentlich war dabei, dass die Lohnkosten zur Sicherstellung der Kaufkraft der gesamtwirtschaftlichen Produktivität entsprechen und darüber hinaus auch noch die Inflationsrate einpreisen – weil andernfalls sehr schnell der Krisenpunkt der Unterkonsumption erreicht ist.⁽⁵⁸⁾

Wesentlich dabei ist auch, dass die Lohnkosten auch die Beiträge für die Alterssicherung, Gesundheitsversorgung, Arbeitslosenversicherung durch die Sozialversicherungsinstitutionen, also die kollektiven Lohnfonds umfassen und umgekehrt die Geld- und Sachleistungen der Rentenversicherung, Gesundheitsversorgung und Arbeitslosenversicherung zu den Arbeitseinkommen zählen.

Die „Sozialunion“ hat wie beschrieben in einem bis dahin nur von der Nutzung der Reserven der Vorkriegsrentenversicherung für die Finanzierung der Aufrüstung des Dritten Reiches bekannten Umfang und Ausmaß die Sozialbeiträge als Teil der Lohnkosten und die Sozialleistungen als Teil der Arbeitseinkommen von den dafür maßgeblichen Kriterien wie Stellung auf dem Arbeitsmarkt und im Arbeitsprozess, Lebensarbeitszeit, Alter, Gesundheitszustand, Grundlohnsumme, Beitragssatz etc. losgerissen. Sie hat die infolge ostdeutscher Hochlohnpolitik aus dem dortigen Arbeitsmarkt Ausgegrenzten via Sozialbeiträge, d.h. aus den Löhnen der westdeutschen Arbeitsmarktteilnehmer finanziert und damit die ostdeutsche Kaufkraft für die westdeutsche Hochproduktivität finanziert. In einem zweiten Schritt wurden dann die Sozialeinkommen der westdeutschen Arbeitnehmer durch Sozialleistungsabbau noch einmal gesenkt. Gleiches erfolgte nun auch bei den ostdeutschen Arbeitnehmern und Ausgegrenzten. Damit wurden die Löhne weit unter die Produktivität gedrückt und vor allem der tarifpolitische Konnex von Produktivität und Lohnniveau durch ein staatspolitisches Diktat abgelöst⁽⁵⁹⁾ In der Wissenschaft wird insoweit die „Sozialunion“ als der Einstieg in die deutsche Niedriglohnaggression gegen die übrigen europäischen Volkswirtschaften gesehen.⁽⁶⁰⁾ Im Osten vollzog sich eine regelrechte Flucht aus der Tarifpolitik und aus den Tarifverträgen.⁽⁶¹⁾ Im Westen begann das Anwachsen des heute dort anteilsstarken Bereiches der Prekärarbeit und der Minijobs. Waren für die DDR insgesamt nur gemäßigte Lohnunterschiede, begründet vor allem durch Unterschiede in Arbeitsbelastung und Ausbildung typisch, so wurden mit dem BRD-Anschluss der DDR nunmehr große Lohnunterschiede vor allem zu Lasten von produzierender Arbeit und zu Gunsten von disponierender Arbeit durchgesetzt.⁽⁶²⁾

Diese Entkoppelung von gesteigener Produktivität und gesenktem Lohnniveau einschließlich der Neben-Löhne mittels des Instrumentes „Sozialunion“ leitete nicht nur die für das Geschäftsmodell des neuen Deutschland charakteristische Niedriglohn- und Exportaggression ein, es beschleunigte auch den Übergang des deutschen Kapitalismus zum Finanzkapitalismus. Nachdem die enormen Extraprofite des

Anschlussbooms weder adäquat wegbesteuert wurden noch produktiv angelegt wurden, flossen sie bevorzugt in Finanzanlagen.⁽⁶³⁾

Gesamtgesellschaftlich hat diese als „doppelter Umbruch“⁽⁶⁴⁾ beschriebene „Kolonisierung“⁽⁶⁵⁾ Ostdeutschlands verzögert dann aber auch eine „Entsicherung“⁽⁶⁶⁾ Westdeutschlands und einen wachsenden Angst-, Überforderungs- und Feindseligkeitspegel mit sich gebracht.⁽⁶⁷⁾

Nachbemerkung

Ein Teil dieser Überlegungen wurde unter der Überschrift „Sozialpolitik als Instrument der Verarmung ? Die Zerstörung des Europäischen Wohlfahrtsstaates in der Euro-Krise“ veröffentlicht in Sozialverband VdK NRW e.V. (Hrsg.): EURO: Rettet eine Sozial-Union Europa ?, Düsseldorf 2013, ISBN: 978-3-00-042255-3, S. 11 - 38

Anmerkungen zu Kapitel 1:

- 1) Bachstein, Andrea; Ulrich, Stefan: Bleib wo du bist. In: Süddeutsche Zeitung, 14. 10.2013 und Ulrich, Stefan: Im Bann des Schattenmanns. In: Süddeutsche Zeitung, 29.11.2013
- 2) Öchsner, Thomas: Ein Stück Gerechtigkeit. In: Süddeutsche Zeitung, 16.10.2013
- 3) Klüver, Henning: Così fan tutti. In: Süddeutsche Zeitung, 2./3.2.2008
- 4) Schönau, Birgit: Es bleibt in der Familie. In: Süddeutsche Zeitung, 23./24.11.2013
- 5) Bachstein, Andrea: Es ist als habe eine Seuche das Land ergriffen. In: Süddeutsche Zeitung, 28.7.2010 und Parks, Tim: Mario Monti und das Beichtgeheimnis. In: Süddeutsche Zeitung, 24.2.2012
- 6) Rusconi, Enzo Gian: Ein Clown in ernster Rolle. In: Süddeutsche Zeitung, 13./14.6.2009; Schlag, Beatrice; de Gregorio, Walter: Es ist aus, Schluß, Finito!. In: Süddeutsche Magazin, 7.7.2006
- 7) Sauer, Ulrike: Scheidung auf Italienisch. In: Süddeutsche Zeitung, 3.11.2008
- 8) Franzetti, Dante Andrea: Vier Ansichten eines Aufsteigers. In: Die Zeit, 7.6.2001; Kreye, Adrian: Antipolitischer Politiker. In: Süddeutsche Zeitung, 28./29.1.2006 und Frank, Michael: Der König im kleinen Mann. In: Süddeutsche Zeitung, 1./2.4.2006
- 9) Parks, Tim: Mario Monti und das Beichtgeheimnis. In: Süddeutsche Zeitung, 24.2.2012
- 10) Ebda.
- 11) Sauer, Ulrike: Zwei Schüsse gegen die Reform. In: Süddeutsche Zeitung, 22.3.2002
- 12) Ebda.
- 13) Bachstein, Andrea: Historische Reform. In: Süddeutsche Zeitung, 5./6.4.2012
- 14) Bachstein, Andrea: Die wichtigste Wahl. In: Süddeutsche Zeitung, 21.2.2013 und Beise, Marc: Agenda 2020. In: Süddeutsche Zeitung, 3.4.2013 und Bachstein, Andrea; Fried, Nico: Monti verordnet Italien Sparpaket. In: Süddeutsche Zeitung, 5.12.2011
- 15) Letta, Enrico: Agenda Italiana. In: Süddeutsche Zeitung, 23./24.11.2013
- 16) Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Datenreport 2011: Ein Sozialbericht für die Bundesrepublik Deutschland I und II, Bonn 2011
- 17) Blüm, Norbert: Rente a la DDR. In: Süddeutsche Zeitung, 2.12.2013 und IMK – Arbeitskreis Kombilohn: Kombi-Löhne – Zwischen Illusion und Wirklichkeit. IMK-Report 8. Hrsg. Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung, Düsseldorf Mai 2006 und Dietz et al.: Warum Aufstocker trotz Arbeit bedürftig bleiben. In: IAB-Kurzbericht. Hrsg. Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, Nürnberg 2/2009
- 18) Kalina, Thorsten; Weinkopf, Claudia: Niedriglohnbeschäftigung 2008 – Stagnation auf hohem Niveau – Lohnspektrum franst nach unten aus. In: IAQ-Report 6/2010. Hrsg. Institut Arbeit und Qualifikation, Essen 2010
- 19) Brenke, Karl: Geringe Stundenlöhne, lange Arbeitszeiten. In: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (Hrsg.): DIW-Wochenbericht: Niedriglohnsektor, Berlin 21/2012

- 20) Öchsner, Thomas: Trotz Jobwunders wächst die Armut. In: Süddeutsche Zeitung, 27.11.2013
- 21) Die "deutsche", d.h. zweckmittelrationale Form der Elitenherrschaft im Unterschied zur „italienischen“, d.h. ambigen Form der Elitenherrschaft
- 22) Öchsner, Thomas: Ein Stück Gerechtigkeit. In: Süddeutsche Zeitung, 16.10.2013 und Brenke, Karl: Beschäftigungsquote und Zahl der prekären Jobs nehmen gleichzeitig zu. In: Deutscher Gewerkschaftsbund (Hrsg.): Arbeitsmarkt auf den Punkt gebracht, Düsseldorf 5/2013
- 23) Brenke, Karl; Wagner, Gert G.: Kontrolle ist wichtig. In: Süddeutsche Zeitung, 4.11.2013
- 24) Im Westen deutlich mehr als acht Euro. In: Böcklerimpuls, Düsseldorf, 12/2009

Anmerkungen zu Kapitel 2:

- 1) Altwater, Elmar: Die Währungskrise, Frankfurt am Main 1969, S. 10 ff.
- 2) Lutz, Burkart: Der kurze Traum immerwährender Prosperität, Frankfurt am Main; New York 1984, S. 210 - 228
- 3) Nicht besetzt
- 4) Martens, Rudolf: Raumtypisierung und Regionen-Ranking: Zum Wandel der Planungs- und Förderungspolitik als Rahmen für Daseinsvorsorge in Genossenschaftsform. In: George, Wolfgang; Berg, Thomas (Hrsg.): A.a.O., S. 145 - 151
- 5) Deutsche Bundesbank: Zur Problematik makroökonomischer Ungleichgewichte im Euro-Raum. In: Monatsbericht, Frankfurt am Main, Juli 2010, S. 17 - 31
- 6) Zander, Thomas: Mindestlöhne: Einkommenspolitische Korrektur des Geschäftsmodell Deutschland? In: Sozialverband VdK NRW (Hrsg.): „Lohnarbeit“: Sozialstaaterneuerung in NRW durch bessere Löhne und Daseinsvorsorge. Düsseldorf 2011, S. 99 - 107
- 7) Goeschel, Albrecht: Staatsverschuldung und Lohnabbau fördern Unternehmensgewinne und Vermögenseinkommen. Diskussionspapier für den Sozialverband VdK, Marquartstein, Januar 2011
- 8) Nicht besetzt
- 9) Arbeitskreis Konjunktur: Im Bann der Austeritätspolitik: Prognose der wirtschaftlichen Entwicklung 2012. IMK-Report 69. Hrsg.: Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung Düsseldorf Dezember 2011
- 10) Nicht besetzt
- 11) Obinger, Herbert: Sozialpolitische Nettoausgaben im internationalen Vergleich-Bestimmungsverfahren und Wirkungen. In: ZeS-Report. Hrsg.: Zentrum für Sozialpolitik Bremen, November 2007, S. 3 ff.
- 12) Hauser, Richard: Die Wechselwirkungen zwischen Beschäftigungspolitik und Sozialer Sicherung. Diskussionspapier P 89 – 106. Hrsg. Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung, Berlin 11.04.1989
- 13) Zur regionalen Positivkorrelation von Arbeitslosigkeit und Sozialhilfebedürftigkeit. Hotz, Dieter: Arbeitslosigkeit, Sozialhilfeausgaben und kommunales Investitionsverhalten. In: Informationen zur Raumentwicklung. Hrsg. Bundesforschungsanstalt für Landeskunde und Raumordnung, Bonn 9/10 – 1987, S. 593 – 610, bes. S. 598 ff.

- 14) Anteil der Ausgaben am Bruttoinlandsprodukt für die Funktionen Krankheit und Gesundheit, Invalidität und Gebrechen, Alter, Hinterbliebene, Familie und Kinder, Arbeitslosigkeit, Wohnen, Soziale Ausgrenzung.
- 15) Anteil der Personen mit einem Einkommen unter der EU-Armutsgrenze an den Einwohnern
- 16) Anteil der Arbeitslosen an der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter
- 17) Methodisch wurde dabei wie folgt verfahren: Kartografie Sozialquote und Armutsquote: Für jedes Land wurde von der Sozialleistungsquote die Armutsquote subtrahiert. Die verbleibenden positiven, neutralen oder negativen Saldowerte wurden in eine absteigende Rangfolge gebracht. Kartografie Sozialquote und Arbeitslosenquote: Für jedes Land wurde von der Sozialleistungsquote die Arbeitslosenquote subtrahiert. Die verbleibenden positiven, neutralen oder negativen Saldowerte wurden in eine absteigende Rangfolge gebracht. Die jeweiligen Ranglisten wurden in jeweils drei Klassen aufgeteilt, die Länder zugeordnet und kartografisch abgebildet. Die These ist, dass Länder, die nach Abzug der Armutsquote bzw. nach Abzug der Arbeitslosenquote noch immer hohe Sozialquoten zeigen, direkte Sozialkürzungen durch Leistungsabbau und indirekte Sozialkürzungen infolge Arbeitslosigkeit sowie auch eine gleichgerichtete Sparprogrammatik wie Senkung der Renten oder Erhöhung des Rentenalters etc. besser auffangen können. Zu beachten ist, dass die Armutsquote teilweise in der jeweiligen Sozialquote enthalten ist, wenn das Land die Funktion Ausgrenzung mit Sozialtransfers korrigiert. Gleiches gilt für die Arbeitslosenquote. Entscheidend sind dann für die Stabilität die jeweils anderen sieben Funktionen.
- 18) ver.di Bundesvorstand: Heute Griechenland, morgen . . . ? In: Wirtschaftspolitik aktuell. Hrsg.: ver.di Bundesvorstand, Berlin 4-2010
- 19) Deutsche Bundesbank (Hrsg): Zur Problematik makroökonomischer Ungleichgewichte im Euro-Raum. In: Monatsbericht. Hrsg.: Deutsche Bundesbank Frankfurt am Main, Juli 2010
- 20) Ebda., S. 17
- 21) Ebda., S. 25
- 22) Ebda., S. 40
- 23) Ebda., S. 17
- 24) Ebda., S. 18
- 25) Ebda., S. 26 und S. 40
- 26) Einkommen aus Unternehmertätigkeit
- 27) Goeschel, Albrecht: Staatsverschuldung und Lohnabbau fördern Unternehmensgewinne und Vermögenseinkommen: Gesellschaftsspaltung oder Daseinsvorsorge als Problemlösung? Diskussionspapier für den Sozialverband VdK, Marquartstein, Januar 2011, S. 6 ff. und S. 8 ff.
- 28) Ebda.
- 29) Goeschel, Albrecht: Schuldenbremse als Finanzputsch? Die Umwandlung der Wirtschaftskrise in noch mehr private und öffentliche Armut. Arbeitspapier für die Paritätische Forschungsstelle, Marquartstein Februar 2009
- 30) Goeschel, Albrecht: Mehrwertsteuer-Lücke und Export-Meisterschaft: Gesamtwirtschaftliche und armutspolitische Anmerkungen zur Mehrwertsteuer-Debatte. Arbeitspapier mit Unterstützung des AWO-Landesverbandes Bayern e.V., Marquartstein, Juli 2009
- 31) Goeschel, Albrecht: Exportterror gegen den Sozialstaat – Wirtschaftskonzept des politischen Systems zerstört soziale Ordnung in Deutschland. In: Gesundheits-Politik-Management-Ökonomie, 3/2007, S. 69 – 72, bes. S. 70.


- 32) Hassel, Anke; Schiller, Christof: Der Fall Hartz IV, Frankfurt am Main 2010 und Lenze, Anne: Zum Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 09. Februar 2010. In: Nationale Armutskonferenz (Hrsg.): Armut und Ausgrenzung überwinden – in Gerechtigkeit investieren; Berlin o.J., S. 14 ff. und der Paritätische Wohlfahrtsverband (Hrsg.): Zum Leben zu wenig . . ., Berlin o.J.
- 33) Zander, Thomas: Pflegeversicherung und Pflegeversorgung: Entsteht hier die gesundheitliche Grundversorgung der Zukunft? In: Sozialverband VdK Nordrhein-Westfalen (Hrsg.): „Pflege-Armut“ – Folge der Pflege-, Gesundheits- und Grundsicherungsreformen? Düsseldorf 2012, S. 51 - 70
- 34) Hassel, Anke; Schiller, Christof: Der Fall Hartz IV, Frankfurt und New York 2010, S. 172 – 183 und Memorandum '83: Kommunen in der Krise. In: Dass.: Qualitatives Wachstum, Arbeitszeitverkürzung, Vergesellschaftung, Köln 1983, S: 128 - 134
- 35) Nicht besetzt.
- 36) Joebges, Heike; Torsten, Niechoj: Rettungsmaßnahmen im Euroraum – kurzfristig sinnvoll, aber nicht ausreichend. IMK-Report 52, Düsseldorf 2010, S. 9 ff. und Sachverständigenrat zur Begutachtung der Gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (Hrsg): Verantwortung für Europa wahrnehmen – Jahresgutachten 2011/12, Wiesbaden 09.11.2011, <http://www.sachverstaendigenrat-wirtschaft.de>, S. 371
- 37) Stephan, Sabine; Redle, Leonhard: A.a.O.
- 38) Weimer, Theodor; Wir Deutsche müssen einen Phyrussieg vermeiden. In.: Süddeutsche Zeitung, 21.06.2012
- 39) Öchsner, Thomas: Brüderle sieht ein Wachstumswunder. In: Süddeutsche Zeitung, 22.10.2010
- 40) Freiburger, Harald; Zydra, Markus: Ausflug auf den Gipfel. In: Süddeutsche Zeitung, 8./9.12.2012; Zydra, Markus: Rekordjahr für deutsche Aktien. In: Süddeutsche Zeitung, 29./30.12.2012 und Jalsovec, Andreas: Kurz vorm Gipfel. In: Süddeutsche Zeitung, 31.1.2013
- 41) Zydra, Markus: Rekordjahr für deutsche Aktien: A.a.O
- 42) Zydra, Markus: Ausgerechnet Griechenland. In: Süddeutsche Zeitung, 2./3.2.2013
- 43) Die hohe Jugendarbeitslosigkeit in den Peripheriestaaten stellt die Stilllegung eines erheblichen Teiles der ökonomischen Produktivkraft dieser Länder und dessen potentielle Ausgrenzung aus dem gesamten Wirtschaftskreislauf, mit Ausnahme eines Minimalkonsum dar.
- 44) Informationsdienst Wissenschaft (Hrsg.): WSI: In 18 von 27 EU-Ländern drohen 2011 Reallohnverluste, 11.7.2011; NN: Europas Jugend: Fähigkeiten liegen brach. In: Böcklerimpuls, Düsseldorf 18/2012, S.7 und Schoepp, Sebastian: Der Jugend helfen. In: Süddeutsche Zeitung, 21.1.2013. Tatsächlich haben die Schuldenländer ihre Lohnentwicklung gegenüber der Vorkrisenzeit deutlich heruntergedrückt, d.h. „Innere Abwertung“ betrieben. Hoffmann, Catherine: Nach deutschem Muster. In: Süddeutsche Zeitung, 12.11.2012. Zu den Eurogefährdenden Wirkungen von Lohnsenkungswettbewerb durch „reale Abwertung“ Hoffmann, Lutz: Ein Wettlauf um Lohnsenkungen kann den Euro gefährden. In: Süddeutsche Zeitung, 30.7.1998
- 45) Die Presse berichtet vom „Aktienboom“ in den Jugendarbeitslosigkeitsländern. Süddeutsche Zeitung, 28.01.2012
- 46) Piper, Nikolaus: Die Jobs-Formel. In: Süddeutsche Zeitung, 08./09.12.2012 und Steinfeld, Thomas: Die Heimholung des Knechts. In: Süddeutsche

- Zeitung, 12.11.2012 und Informationsdienst Wissenschaft: BMBF-Zukunftsforum diskutiert Wege in eine Industrialisierung neuen Typs, Online-Dienst, 22.02.2013. Diese Rückkehr des Kapitals in eine neuprofitable Realwirtschaft wird von der Journaille bevorzugt mit Berichten über clevere Firmengründer in den Krisenländern und ähnlich einfallreiche junge Leute in Deutschland garniert. Süddeutsche Zeitung, 16.08.2012, 6./7.10.2012 und 13.12.2012
- 47) Balsler, Markus: Deutschland zieht Europa aus der Krise. In: Süddeutsche Zeitung, 14./15.8.2010. Dies war der sogenannte „Aufschwung XL“ des Jahres 2010
 - 48) Busse, Caspar: Der große Aufschwung. In: Süddeutsche Zeitung, 09.05.2011. Nun heißt es: „Aufschwung XXL“
 - 49) Grandt, Michael: Die Wahrheit: Es gibt keinen Konjunkturaufschwung. In: Kopp-Exklusiv 16/2011, S.5, www.kopp-exklusiv.de; Süddeutsche Zeitung, 12.01.2012 und Gammel, Kerstin: Schlimmer als gedacht. In: Süddeutsche Zeitung, 24.02.2012
 - 50) Balsler, Markus: So schön war der Aufschwung. In: Süddeutsche Zeitung, 15.12.2012
 - 51) Süddeutsche Zeitung, 14./15.08.2012
 - 52) Gromberg, Torsten: Alles muss raus – Winterschlussverkauf in der EU. In: Kopp-Exklusiv, 11/2011, S. 5, www.kopp-exklusiv.de
 - 53) Prantl, Heribert: Ein Waterloo. In: Süddeutsche Zeitung, 26./27.01.2013
 - 54) Schoepp, Sebastian: Südliches Selbstbewusstsein. In: Süddeutsche Zeitung, 23.02.2012
 - 55) Beise, Marc: Vagabundierendes Kapital. In: Süddeutsche Zeitung, 25.06.2012
 - 56) Süddeutsche Zeitung, 15.12.2012
 - 57) Haas, Sybille: Trend zum Zweitjob. In: Süddeutsche Zeitung, 06.07.10.2012; Informationsdienst Wissenschaft, Online-Dienst, 28.08.2012; Öchsner, Thomas: Mehr Vollzeitjobs – das war 2012. In: Süddeutsche Zeitung, 31.07.2012
 - 58) Informationsdienst Wissenschaft, Online-Dienst, 16.11.2011
 - 59) Gemmelin, Kerstin: USA und Europa rücken enger zusammen. In: Süddeutsche Zeitung, 14.02.2013; Piper, Nikolaus: Babybrei und Flugzeuge. In: Süddeutsche Zeitung, 04.02.2013; Piper, Nikolaus: Gewagtes Projekt. In: Süddeutsche Zeitung, 14.02.2013
 - 60) Koch, Moritz: Wollen wir das wirklich? In: Süddeutsche Zeitung, 16./17.02.2013

Anmerkungen zu Kapitel 3:

- 1) Sokoll, Günther: Die sozialpolitische Beratungsarbeit in Mittel- und Osteuropa. In: Gesellschaft für Versicherungswissenschaft und –gestaltung e.V. (Hrsg.): Sozialpolitische Beratung in Osteuropa, Köln 2003, S. 3 – 14, bes. S.4 und 5
- 2) In einer der Konzeptschriften für die Erschließung Mittel- und Osteuropas für eine kapitalistische Verwertung der dortigen Ressourcen wird eine „sozialpolitische Zusammenarbeit mit den Reformstaaten“ als „wesentliche Voraussetzung für Frieden und soziale Stabilität in dem größer gewordenen Europa“ bezeichnet. Gesellschaft für Versicherungswissenschaft und –gestaltung e.V.(Hrsg.): Probleme der Umwandlung der Sozialordnungen in den Staaten Mittel- und Osteuropas, Köln 1994, S.2 und S.10 ff.

- 3) Schmähl, Winfried: Zur ökonomischen Bedeutung sozialer Sicherung und ihrer Ausgestaltung im Transformationsprozess. In: Gesellschaft für Versicherungswissenschaft und –gestaltung e.V.(Hrsg.): Probleme der Umwandlung der Sozialordnungen in den Staaten Mittel- und Osteuropas. A.a.O., S.47 – 75, bes. S. 53
- 4) Ebda., S. 59 ff.
- 5) Ebda., S. 52 ff.
- 6) Ebda., S.58 ff. und 65 ff.
- 7) Ebda., S.68
- 8) Sternberg, Rolf: Wirtschaftsstandort Deutschland: Auswirkungen des EU – Binnenmarktes auf die deutsche Wirtschaft. In: Wessels, Wolfgang; Diedrichs, Udo (Hrsg.): Die neue Europäische Union: im vitalen Interesse Deutschlands ? Europäische Bewegung Deutschland e.V.; Europa-Union Deutschland e.V., Berlin 2006, S. 31 ff.
- 9) Ebda., S. 38 ff.
- 10) Schulz-Nieswandt, Frank; Sesselmeier, Werner: Arbeitsmarkt Deutschland: Effekte der EU-Mitgliedschaft. In: Wessels, Wolfgang; Diedrichs, Udo (Hrsg.): A.a.O., S. 73 ff., 78 und 81 ff., bes.S.84 ff.
- 11) Ebda., S. 84 ff.
- 12) Steinmeier, Heinz-Dietrich: Einleitungsreferat zur GVG-Veranstaltung zur Ost-Erweiterung der Europäischen Union. In: Informationsdienst GVG Nr.266. Hrsg. Gesellschaft für Versicherungswissenschaft und –gestaltung e.V. (GVG), Köln November 1998, S. 8 ff.
- 13) Die für alle zumindest Bürger von EU-Mitgliedsstaaten geltende Personenfreizügigkeit umfasst vier sogenannte „Besitzstände“: Freizügigkeit der Arbeitnehmer; gegenseitige Anerkennung beruflicher Qualifikationen; Koordinierung der Sozialversicherungssysteme und Bürgerrechte. Tempel, Peter: Ost-Erweiterung der Europäischen Union – Voraussetzungen und Entwicklungen aus sozialpolitischer Perspektive. In: Informationsdienst GVG Nr.276. A.a.O., Köln September 2000, S. 18.
- 14) Steinmeier, Heinz-Dietrich: A.a.O., S.8
- 15) Tempel, Peter: A.a.O., S.19
- 16) Steinmeier, Heinz-Dietrich: A.a.O., S.8
- 17) Ebda., S.12 und Tempel, Peter: A.a.O., S. 20. Dabei führt ein derartiges billiges Arbeitsangebot nicht nur direkt bei formal geringer qualifizierten Arbeitnehmern in den europäischen Kernländern zu einer Entwertung ihres Arbeitszeitangebotes bzw. zu dessen Nichtmehrabnahme. Vielmehr werden bei einem Abflachen des Lohnniveau insgesamt in den europäischen Kernländern auch die Sozialsicherungssysteme geschädigt. Deren Finanzierung wird schwieriger. – Ost-Erweiterung der Europäischen Union. In: Informationsdienst GVG Nr.279. A.a.O., Köln, Jan. 2001, S. 7 ff. und S.10
- 18) Gesellschaft für Versicherungswissenschaft und –gestaltung e.V.(GVG) (Hrsg.): Sozialpolitische Zusammenarbeit mit den Reformstaaten in Mittel- und Osteuropa In: Informationsdienst GVG Nr.271, a.a.O., Köln Oktober 1999, S.7
- 19) Owoc, Alfred: Die Ost-Erweiterung der EU: Voraussetzungen und Folgen für die Sozialversicherungssysteme. In: Informationsdienst GVG Nr.266. A.a.O., Köln November 1998, S. 15 ff.
- 20) Ebda., S.16
- 21) Ebda., S.17
- 22) Ebda., S.18

- 
- 23) Pellny, Martina; Horstmann, Sabine: Outlook: Enlargement & Social Protection. In: European Commission (Ed.): Social protection in the 13 candidate countries – a comparative analysis. Luxemburg, Office for Official Publications of the European Countries 2003, S. 255
- 24) Pellny, Martina; Horstmann, Sabine: A.a.O., S. 233
- 25) Ost-Erweiterung der Europäischen Union. A.a.O., S. 2 ff.
- 26) Danner, Günther: Die Perspektiven der Bundesrepublik Deutschland zur Ost-Erweiterung der EU. In: Informationsdienst GVG Nr. 266. A.a.O., Köln November 1998, S.33 ff.
- 27) Pellny, Martina; Horstmann, Sabine: A.a.O., S. 255 und Tivig, Thusnelda; Kühntopf, Stephan: Demographic Risk Atlas. Hrsg. Econsense – Forum e.V., Essen 2009, S. 6 ff.
- 28) Horstmann, Sabine; Kaiser, Monika: Introduction: The economic & demographic background. In: European Commission (Ed.): A.a.O., S. 29 ff. und Mossialos et al.: Health care. In: European Commission (Ed.): A.a.O., S. 99
- 29) Horstmann, Sabine; Kaiser, Monika: A.a.O., S. 30
- 30) Ebda., S. 7 ff.; S.12 ff. und S. 16 ff.
- 31) Ebda., S. 27
- 32) Ebda., S.10
- 33) Pellny, Martina; Horstmann, Sabine: A.a.O., S. 253 ff.; S. 259 ff. und S.260 ff.
- 34) Ebda., S. 253 ff. und S. 262 ff.
- 35) Scharrenbroich, Heribert: Der Stabilitätspakt für Südosteuropa und seine Initiative für soziale Kohäsion. In: Informationsdienst GVG Nr.287. A.a.O., Köln Juli 2002, S. 6 ff.
- 36) Ebda., S.3
- 37) Ebda., S. 3 ff. und S. 4 ff.

Anmerkungen zu Kapitel 4.:

- 1) Häußermann, Hartmut: Perspektiven der ökonomischen Erneuerung in den Regionen der ehemaligen DDR. In: Häußermann, Hartmut (Hrsg.): Ökonomie und Politik in alten Industrieregionen Europas – Probleme der Stadt- und Regionalentwicklung in Deutschland, Frankreich, Großbritannien und Italien, Basel, Boston, Bern 1992, S. 251 – 246, bes. S. 259 ff. und Ulrich, Ralf: Die Übersiedlerbewegung in die Bundesrepublik Deutschland und das Ende der DDR, Diskussionspapier P 90-302. Hrsg. Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung, Berlin o.J.,
- 2) Priewe, Jan; Hickel, Rudolf: Der Preis der Einheit. Bilanz und Perspektiven der deutschen Vereinigung, Fischer Taschenbuch Verlag, Frankfurt am Main 1991, S.70
- 3) Busch, Ulrich; Land, Rainer: Ostdeutschland: Vom Staatssozialistischen Fordismus in die Entwicklungsfalle einer Transferökonomie. In: Forschungsverbund Sozioökonomische Berichterstattung (Hrsg.): Berichterstattung zur sozioökonomischen Entwicklung in Deutschland – Zweiter Bericht, Wiesbaden VS-Verlag 2012, S. 153 ff., bes. S. 162 ff.
- 4) Schaden, Barbara; Wiesner, Gerhard: Integrationsprozess – Ein Überblick. In: Ifo - Schnelldienst 17/18 – 1995: Fünf Jahre Reformprozess in Ostdeutschland – Eine Zwischenbilanz, München, 19.6.1995, S. 7. In der politikwissenschaftlichen Literatur wurde von „Ausnahmestandard“ geschrieben. Robischon et al.: Die politische Logik der deutschen Vereinigung und der Institutionentransfer: Eine Untersuchung am Beispiel Gesundheitswesen,

- Forschungssystem und Telekommunikation. In Politische Vierteljahresschrift, Opladen, September 1995, S. 423 – 450, bes. S. 424
- 5) Bausemir, Gerd; Neukirch, Edelgard: Strukturwandel im Gesundheits- und Sozialwesen der neuen Bundesländer. In: Mitteilungen des Sonderforschungsbereich 333 der Universität München – Entwicklungsperspektiven von Arbeit, Nr.6, München, August 1993, S. 109 – 133, bes. S.112 ff.; Land, Rainer: Ostdeutschland. In: Soziologisches Forschungsinstitut (SOFI) et al. (Hrsg.): Berichterstattung zur sozioökonomischen Entwicklung in Deutschland.Erster Bericht,Wiesbaden VS – Verlag Wiesbaden 2005, S. 78 – 83 und Priewe, Jan; Hickel Rudolf: A.a.O., S. 50 ff.; 98 ff und 125 ff.
 - 6) Häußermann, Hartmut: A.a.O., S. 251 ff.
 - 7) Busch, Ulrich; Land, Rainer: A.a.O., S. 153 ff.; 162 ff. und 165 ff.; Schaden, Barbara; Wiesner, Gerhard: A.a.O., S.8; Priewe, Jan; Hickel, Rudolf: A.a.O., S.56 ff.;bes.S.58;; S. 67 ff.; S. 69 ff. und S.70 ff.; Schwarz, Rainer: Über Innovationspotentiale und Innovationshemmnisse in der DDR-Wirtschaft, Diskussionspapier F 5 – IV – 91-26. Hrsg. Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung, Berlin Juli 1991, S. 30 ff. sowie Wessels, Bernhard: Bürger und Organisationen – Ost- und Westdeutschland: Vereint und doch verschieden ?, Diskussionspapier F 5 III – 92 – 204. Hrsg. Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung, Berlin Juni 1992, S. 3
 - 8) Böenkamp, Gerard: Das Ende des Wirtschaftswunders: Geschichte der Sozial,- Wirtschafts- und Finanzpolitik in der Bundesrepublik 1969-1998, Lucius & Lucius Verlagsgesellschaft, Stuttgart 2010, S.291 ff. und 293 ff.
 - 9) Ebda., S. 292
 - 10) Ebda., S. 292
 - 11) Ebda., S. 288 ff.
 - 12) Ebda., S. 289 ff.
 - 13) Ebda., S. 297 ff.
 - 14) Ebda., S. 297 ff.
 - 15) Ebda., S. 308 ff.
 - 16) Busch, Ulrich; Land, Rainer: A.a.O., S. 167 ff.
 - 17) Busch, Ulrich; Land, Rainer: A.a.O., S. 166 und S.178 ff.; Häußermann, Hartmut: A.a.O., S. 256 und Schaden, Barbara; Wiesner, Gerhard: A.a.O., S.6 und S. 36
 - 18) Busch, Ulrich; Land, Rainer: A.a.O., S. 176
 - 19) Häußermann, Hartmut: A.a.O.; S. 261 und Priewe,Jan; Hickel,Rudolf: A.a.O., S.27 ff.
 - 20) Busch, Ulrich; Land, Rainer: A.a.O., S. 174 ff.
 - 21) Ebda., S. 176 ff.
 - 22) Land, Rainer: A.a.O., S.78 – 83, bes. S. 83 und Schaden, Barbara; Wiesner, Gerhard: A.a.O., S. 15
 - 23) Busch, Ulrich; Land, Rainer: A.a.O., S.178 ff.
 - 24) Busch, Ulrich, Land, Rainer: A.a.O., S. 178; Häußermann, Hartmut: A.a.O., S. 259 ff. und Priewe, Jan; Hickel, Rudolf: A.a.O. S. 9 ff.; 42 ff.; 156 ff. und 233 ff.
 - 25) Böenkamp, Gerard: A.a.O., S. 316
 - 26) Priewe, Jan; Hickel, Rudolf: A.a.O., S. 75
 - 27) Häußermann, Hartmut: A.a.O., S. 251 ff.; Priewe,Jan; Hickel,Rudolf: A.a.O., S. 27 und Schwarz, Rainer: A.a.O., S. 30 ff.
 - 28) Schaden, Barbara; Wiesner, Gerhard: A.a.O., S.7
 - 29) Schaden, Barbara; Wiesner, Gerhard: A.a.O., S.7 ff. und Priewe, Jan; Hi-

- ckel,Rudolf: A.a.O., S.75 ff.
- 30) Ebda., S. 9
 - 31) Schaden, Barbara; Wiesner, Gerhard: A.a.O., S. 15 und Priewe,Jan; Hickel, Rudolf: A.a.O., S.133 ff.; 233 ff.; 239 ff. und 241 ff.
 - 32) Böenkamp, Gerard: A.a.O., S. 358 ff.
 - 33) Böenkamp, Gerard: A.a.O., S. 337 und Priewe,Jan; Hickel,Rudolf: A.a.O., S. 56 ff., bes.S.58
 - 34) Ebda., S. 358 ff.
 - 35) Ebda.,S. 341 ff.
 - 36) Böenkamp, Gerard: A.a.O., S. 318; Bofinger, Peter: Wir sind besser als wir glauben – Wohlstand für alle, Pearson-Studium, München 2005, S. 60 ff. und Priewe, Jan; Hickel, Rudolf: A.a.O., S. 56 ff., bes.S.58; und S. 145 ff., bes. S. 149
 - 37) Böenkamp, Gerard: A.a.O., S. 347 ff., 352 ff. und 358 ff. sowie Bofinger, Peter: A.a.O., S. 67 ff.
 - 38) Goeschel, Albrecht: Krankenkassen als Infrastruktur für die Zukunft: Raumordnungspolitische Erfordernisse bei Aufbau und Gliederung der gesetzlichen Krankenversicherung in der DDR. In: Medizin-Mensch-Gesellschaft, Stuttgart 15-1990, S. 208 – 218
 - 39) Böenkamp, Gerard: A.a.O., S. 365 ff.
 - 40) Ebda., S. 367
 - 41) Ebda., S. 367
 - 42) Ebda., S. 358 ff., S. 369 ff. und S. 391 ff.
 - 43) Ebda., S. 350
 - 44) Ebda., S. 369 ff.
 - 45) Ebda., S. 368 ff.
 - 46) Böenkamp, Gerard: A.a.O.,S. 372 ff. und Butterwegge, Christoph: Krise und Zukunft des Sozialstaates, 2., durchges. Auflage VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden 2005, S. 133 ff.
 - 47) Ebda., S. 129
 - 48) Priewe, Jan; Hickel, Rudolf: A.a.O., S. 156 ff. und S. 245 ff.
 - 49) Böenkamp, Gerard: A.a.O., S. 392 ff. und S. 399
 - 50) Böenkamp, Gerard: A.a.O., S. 415 ff. und Priewe, Jan; Hickel,Rudolf: A.a.O., S. 154 ff., bes. S. 156
 - 51) Böenkamp, Gerard: A.a.O., S. 347 ff., 353 ff., 363 ff. und 391 ff. sowie Bofinger, Peter: A.a.aO., S. 77 ff.
 - 52) Böenkamp, Gerard: A.a.O., S. 325 und S. 356 ff. sowie Priewe,Jan; Hickel,Rudolf: A.a.O., S.27 ff.; S. 233 ff.; S. 239; S. 245 ff. und S. 249 ff.
 - 53) Böenkamp, Gerard: A.a.O., S 329 und Bofinger, Peter: A.a.O., S. 77 ff.
 - 54) Bofinger, Peter: A.a.O., S. 78 ff. und Priewe, Jan; Hickel, Rudolf: S. 15; S. 235 und S. 253 ff.
 - 55) Priewe, Jan; Hickel, Rudolf: A.a.O., S. 251
 - 56) Mückenberger, Ulrich: Die Krise des Normalarbeitsverhältnisses. In: Zeitschrift für Sozialreform, Wiesbaden 7/ 1985, S. 415 - 434
 - 57) Busch, Ulrich; Land, Rainer: Teilhabekapitalismus – Fordistische Wirtschaftsentwicklung und Umbruch in Deutschland 1950 – 2009. In: Forschungsverbund Sozioökonomische Berichterstattung (Hrsg.): A.a.O., S. 111-151 ,bes. S. 126 ff. und Hartwich, Hans-Hermann: Sozialstaatspostulat und gesellschaftlicher status quo, Westdeutscher Verlag, Köln und Opladen 1970
 - 58) Flassbeck, Heiner; Spieker, Friederike: Das Ende der Massenarbeitslosigkeit, Westend Verlag Frankfurt am Main 2007, S. 42 – 83

- 59) Böenkamp, Gerard: A.a.O., S. 350 ff. und S. 356 ff.
- 60) Priewe, Jan; Hickel, Rudolf: A.a.O., S. 251 ff.
- 61) Böenkamp, Gerard: A.a.O., S. 244 ff. und S. 254 ff.
- 62) Böenkamp, Gerard: A.a.O., S. 344 ff. und Bofinger, Peter: A.a.O., 67 ff. und S. 69 ff. und Stephan, Helga; Wiedemann, Eberhard: Lohnstruktur und Lohndifferenzierung in der DDR. In: Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, Stuttgart 4/1990, S. 550 - 562
- 63) Priewe, Jan; Hickel, Rudolf: A.a.O., S. 233 ff., bes. S. 237
- 64) Land, Rainer: A.a.O., S. 78 – 83
- 65) Bulmann, Thomas: Vereinigungsbilanzen: Die deutsche Einheit im Spiegel der Sozialwissenschaften. Diskussionspapier FS-III-96-403. Hrsg. Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung, Berlin November 1996, S. 21 ff.
- 66) Heitmeyer, Wilhelm (Hrsg.): Deutsche Zustände – Folge 10. edition suhrkamp Berlin 2012
- 67) Friedrich-Ebert-Stiftung und TNS Infratest Sozialforschung: Gesellschaft im Reformprozess, Berlin Juli 2006 und Klauber et al.(Hrsg.): Versorgungs-Report 2013/2014 – Schwerpunkt Depression, Schattauer Verlag Stuttgart 2014